

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28. Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkenditz, Augustastraße 8. - Redaktionsschluß: Montag.

**Insertion.** Für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinamitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Oberinkunft.

**Inhalt.**

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Feststellungen und Vergleiche. Rundschau. Wirtschaftliche Monatschau. Feinde des Koalitionsrechtes, II. Sozialaufgaben und Kulturprobleme. Adressen-Änderungen. — **Allgemeines:** Die Presse über den Abschluß unserer Bewegung, III. Nach dem Kampfe, III. Ortsberichte: Brandenburg, Frankfurt a. O., Potsdam. — **Der Lithograph:** Eine Fessel für die graphischen Zeichner, II. — **Der Steindrucker:** Die Arbeitsverhältnisse an den Rotationsmaschinen. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Berlin. — **Die Tapetenbrande:** Aus den Sektionen: Einbek. — **Feuilleton:** Der Anfang der Polarforschung (Schluß). — **Anzeigen.**

**Bekanntmachungen.**

**Eine Gauvertreter-Konferenz,**

die am 10. März 1912 im Gewerkschaftshause zu Berlin tagte, beschäftigte sich eingehend mit der Anregung der Schutzverbandsleitung auf Abschluß eines Tarifs für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe. Fußend auf den diesbezüglichen Beschlüssen der Generalversammlungen unseres Verbandes hat die Konferenz der Anregung zugestimmt. Gleichzeitig wurde aber auch in der eingehenden Aussprache über die Situation nach der Beilegung des großen Kampfes durch zahlreiche Beispiele, festgestellt, daß viele Schutzverbandsmitglieder die abgeschlossenen Vereinbarungen durchbrechen oder in einer Weise auslegen, durch die Treu und Glauben völlig außer Acht gelassen werden. Diese willkürliche Auslegung oder offensichtliche Durchbrechung der Vereinbarungen durch viele Schutzverbandsmitglieder verursachte in der Gehilfenschaft ein weitgehendes Mißtrauen gegen den Schutzverband selbst, so daß sich die Gauvertreterkonferenz veranlaßt sah, ihre Zustimmung an die Erfüllung von Voraussetzungen zu knüpfen, die solche Übergriffe vieler Schutzverbandsmitglieder für die Folge ausschalten. Der Standpunkt der Gauvertreterkonferenz wurde durch folgende Resolution zum Ausdruck gebracht:

»Die am 10. März 1912 in Berlin tagende Gauleiterkonferenz beschließt nach reiflicher Aussprache, den Hauptvorstand zu beauftragen, auf die Anfrage des Schutzverbandes Deutscher Steindruckereibesitzer zwecks Herbeiführung einer Tarifgemeinschaft für das Lithographie- und Steindruckgewerbe näher einzugehen und diesbezügliche Verhandlungen anzubahnen. Voraussetzung hierzu ist:

1. daß der Schutzverband in der Lage ist, seine Mitglieder zur vollen Einhaltung der abgeschlossenen Vereinbarungen anzuhalten;
2. daß der Schutzverband bzw. seine Mitglieder alle organisationsfeindlichen gegen die Mitgliedschaft im Verbands der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe gerichteten Handlungen unterlassen und
3. daß ev. die Allgemeinheit der Unternehmer und Gehilfen die Träger der Tarifgemeinschaft sind.

Der Hauptvorstand wird beauftragt, wenn der Schutzverband den vorstehenden Punkten nachkommt, diesen um Vorlegung einer entsprechenden Vorlage zu ersuchen, die in einer späteren Gauleiterkonferenz näher besprochen werden muß, bevor entscheidende Schritte unternommen werden.

Wir werden die deutsche Kollegenschaft über den weiteren Verlauf der Angelegenheit zur gegebenen Zeit eingehend unterrichten.

**Zur Beachtung.**

**Belgien:** Die Firma Gnuveloot in Brüssel, bei der jetzt unsere Kollegen 11 Wochen im Streik stehen, eröffnet in Tournai eine Filiale, nach der Zuzug ebenfalls streng fernzuhalten ist.

**Deutschland:** Hier sind noch immer 700 am Streik und an der Aussperrung beteiligte Kollegen nicht eingestellt; dazu kommen über 300 arbeitslose Lithographen und Steindrucker, so daß wir dringend bitten müssen, jeden Zuzug nach Deutschland fernzuhalten. D. v. Unternehmer ziehen mit Absicht gern Arbeitskräfte vom Ausland heran, damit die Arbeitslosigkeit niederdrücken ausgenützt werden kann. Diesem Bestreben muß durch die Fernhaltung des Zuzuges vom Auslande entschieden entgegen gearbeitet werden.

**Frankreich:** In Bordeaux ist ein allgemeiner Streik der Lithographen und Steindrucker ausgebrochen; unsere dortigen Kollegen fordern Lohnerhöhung, Überstundenzuschläge etc. Zuzug ist fernzuhalten.

**Norwegen:** Von Christiania kommt die Meldung, daß die Tarifverhandlungen an der starren Haltung der Unternehmerorganisation gescheitert sind und es in einigen Tagen zum allgemeinen Ausstand unserer dortigen Kollegen kommt. Wir bitten somit, jeden Zuzug nach Norwegen fernzuhalten.

**Osterreich:** Aus Triest kommt die Meldung, daß die dortigen Kollegen in den Streik getreten sind. Auch nach diesem Ort ist also Zuzug fernzuhalten. Internationales Sekretariat.

**Feststellungen und Vergleiche.**

Wir sind gewiß die letzten, die zu einer Überschätzung dessen neigen, was am 27. Januar 1912 zwischen dem Schutzverbande der Steindruckunternehmer und unserer Organisation vereinbart worden ist. Wir stehen immer noch auf dem unter dem frischen Eindruck der Verhandlungsergebnisse in Nr. 4 a der »Gr. Pr.« niedergelegten Standpunkte, daß unbeschadet des großen ideellen Erfolges, der durch den Kampf errungen wurde und der von jedem anerkannt und empfunden werden muß, der erzielte materielle Erfolg enttäuscht. Damals schrieben wir: Wer die abgeschlossenen Vereinbarungen liest, wird unbefriedigt sein von den Zugeständnissen, zu denen sich die Unternehmer endlich bereit erklärt haben. Wir teilen dieses Unbefriedigtsein und die daraus entspringende Unzufriedenheit mit dem, was in materieller Hinsicht erreicht worden ist. Es reicht bei weitem nicht an das heran, was die Kollegenschaft mit Recht fordern und anstreben mußte.

Trotzdem wir uns aber frei fühlen von jeder Überschätzung der Vereinbarungen, können wir uns aber doch noch lange nicht denjenigen anschließen, die in ihrer Enttäuschung, ihrem Unbefriedigtsein und ihrer Unzufriedenheit zu einer vom schwärzesten Pessimismus erfüllten vollständigen Verneinung jedes Erfolges gelangt sind. Dieser Unterschätzung des Erreichten müssen wir unbeschadet unseres eingangs betonten Standpunktes entgegengetreten durch die objektive Feststellung dessen, was ist. Nur so kann einer nüchternen und gerechteren Würdigung des Abschlusses der Boden bereitet werden. Zu diesem Zwecke stellen wir im folgenden den hauptsächlichsten Inhalt der Vereinbarungen vom 27. Januar 1912 dem hauptsächlichsten Inhalt der Vereinbarungen vom 11. August 1906 gegenüber. Dadurch kommen wir gleichzeitig einem Wunsche entgegen, der von vielen Seiten sowohl an den

Hauptvorstand, als auch an uns gerichtet worden ist.

**Vereinbarungen zwischen dem Schutzverbande deutscher Steindruckereibesitzer und dem deutschen Senefelderbunde, abgeschlossen in den Jahren**

1906	1912
<b>Arbeitszeit:</b> 54 Stunden für Steindrucker, 48 Stunden für Lithographen; kürzere Arbeitszeiten bleiben bestehen.	53 Stunden für Steindrucker, 48 Stunden für Lithographen; kürzere Arbeitszeiten bleiben bestehen.
<b>Mindestlohn:</b> Für Jungausgelernte im ersten Gehilfenjahre 18 bis 21 Mk. je nach dem Ort; in 43 Orten betrug er 18 Mk., in 8 Orten darüber.	Für Jungausgelernte im ersten Gehilfenjahre 20½ bis 24 Mk. je nach dem Ort; in 26 Orten beträgt er 20½ Mk. in 27 Orten darüber.
<b>Lehrlingswesen:</b> Auf je 1 bis 3 Steindrucker und auf je 1 bis 4 Lithographen kann ein Lehrling gehalten werden.	Auf 1 bis 3 Steindrucker und von da ab auf je 1 bis 4 Steindrucker, auf 1 bis 4 Lithographen und von da ab auf je 1 bis 5 Lithographen kann ein Lehrling gehalten werden.
<b>Überstunden:</b> 25 Proz. Zuschlag für Überzeitarbeit an Wochentagen und 50 Prozent an Sonntagen.	25 und 50 Proz. Zuschlag wie 1906; Forderungen auf Erhöhung sind nicht gestellt worden.
<b>Feiertagsbezahlung:</b> Die gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage werden bezahlt; Akkordarbeiter erhalten für den Feiertag 4½ Mk., sofern nicht ein höherer Lohn mit ihnen vereinbart ist.	Die Bezahlung der Feiertage, auch für Akkordarbeiter, bleibt wie 1906; neu vereinbart wurde, daß der volle Wochenlohn auch dann gezahlt werden muß, wenn ein Gehilfe wegen Arbeitsmangel nicht während der vollen Woche beschäftigt werden kann, sofern es sich nicht um vereinbartes Aussetzen handelt.
<b>Entschädigung für Bronzedruck:</b> Nichts vereinbart worden.	An nicht staubfreien Maschinen täglich 50 Pfg., für halbe Tage und kürzere Zeit 25 Pfg. Zuschlag zum Lohn; bisher gewährte höhere Entschädigungen bleiben bestehen.
<b>Ferien:</b> Nichts vereinbart worden.	Nichts vereinbart worden; der Schutzverband überläßt die Gewährung von Ferien den einzelnen Firmen.
<b>Arbeitsmaterial:</b> Nichts vereinbart worden.	Das tägliche Verbrauchsmaterial muß vom Geschäft geliefert werden; im übrigen bleiben die bisherigen Geschäftsgebräuche bestehen.
<b>Entschädigung aus § 616 B. G. B.:</b> Verhinderungen an der Dienstleistung nach § 616 B. G. B. werden entschädigt, und zwar bis zu 3 Stunden, auch für Akkordarbeiter, für letztere mit 50 Pfg. pro Stunde.	Die Entschädigung für Verhinderungen an der Dienstleistung bleibt wie 1906, auch für Akkordarbeiter.

1906

1912

**Kündigungsfrist:**

Nichts vereinbart worden.

Die Kündigungsfrist beträgt höchstens 14 Tage; für Spezialarbeiter sind längere Kündigungsfristen zulässig, doch tritt bei D. Fernenzen auch für diese Gehilfen die 14tägige Kündigung in Kraft.

**Arbeitsnachweis:**

Die Arbeitsnachweise des Senefelderbundes sind möglichst in erster Linie in Anspruch zu nehmen.

**Lohnfrage:**

Die Löhne sollen innerhalb von 4 Wochen nach Wiederaufnahme der Arbeit geprüft und unzureichende Löhne verbessert werden.

Der Schutzverband empfiehlt seinen Mitgliedern, allen Gehilfen, die bis zu 5 Mk. über den örtlichen Mindestlohn verdienen, innerhalb von 4 Wochen nach Wiederaufnahme der Arbeit eine Zulage zu bewilligen.

**Wiederaufnahme der Arbeit:**

Maßregelungen finden nicht statt. Die Streikenden und Ausgesperrten werden, insoweit eine Einstellung von Arbeitern stattfindet, an dem alten Arbeitsplatz wieder eingestellt.

Maßregelungen finden nicht statt. Jeder beteiligte Betrieb hat seine ausständigen oder ausgesperrten Gehilfen in erster Linie bei Einstellung von Gehilfen zu berücksichtigen, soweit sie bis zum 1. Mai 1912 noch vorhanden sind.

**Erladigung von Streitigkeiten.**

Nichts vereinbart worden.

In erster Linie haben die beiderseitigen Ortsvorstände, dann die Gauvorstände und in letzter Instanz die beiderseitigen Zentralen, die von jeder Differenz sofort zu unterrichten sind, die Regelung von Streitigkeiten zu versuchen.

Soweit die Vereinbarungen von 1906 und 1912. Ein Vergleich wird den Kollegen durch die Gegenüberstellung wesentlich erleichtert sein. Die Schlußfolgerungen mag jeder Kollege selbst ziehen. Wir verzichten auf eine Kommentierung und bemerken nur, daß der Vergleich das Gerede der gelben Quertreiberorganisationen, es sei überhaupt kein Fortschritt erzielt worden, Lügen straft. *Diese Gelben aller Schattierungen, die einen größeren Erfolg der Gehilfenschaft durch ihre Rausreißertätigkeit zum Vorteil der Unternehmer verteidelt haben, suchen durch jenes Gerede jetzt im Trüben zu fischen und neue Proselyten zu machen.* Die objektive Gegenüberstellung wird dazu beitragen, ihnen ihr ruhmloses und die Interessen der Gesamtgehilfenschaft schwer schädigendes Handwerk zu legen.

Daß diese gelben Rausreißerkolonnen in ihrer Wirksamkeit einig sind mit der Presse des Unternehmertums, ist selbstverständlich. Letztere geht aber noch einen Schritt weiter, indem sie der Öffentlichkeit im Allgemeinen und der Gehilfenschaft im besonderen weiszumachen versucht, daß das, was am 27. Jan 1912 abgeschlossen wurde, unsern *Verbandsvertretern schon am 15. September 1911 von den Vertretern der Unternehmer angeboten worden sei.* Der Zweck dieses Treibens liegt zu klar zu Tage, um nicht durchschaut zu werden: man will Mißtrauen zwischen die Kollegen und ihre Vertreter säen, die geschlossenen Reihen der Gehilfenschaft zersplittern und dadurch den Boden bereiten, auf dem zum Schaden der Arbeiterschaft des Gewerbes der Weizen des Unternehmertums zur höchsten Blüte gedeiht. Obwohl also die Kollegenschaft diese Keiltreiberei richtig einschätzen wird, wollen wir doch aus dieser verlogenen Wühlerei durch einige objektive Gegenüberstellungen dessen, was die Unternehmer von Verhandlung zu Verhandlung boten, ein Ziel setzen:

**Arbeitszeit:**

15. IX. 11. Die Unternehmer erklärten sich zur Festsetzung der Arbeitszeit für Steindruck auf 53 1/2 Stunden, später auf 53 Stunden wöchentlich bereit: diese Arbeitszeit sollte eine effektive sein.  
7. XII. 11. Die Unternehmer wiederholten ihr Angebot der 53stündigen effektiven Arbeitszeit und deklarierten den Begriff »effektiv« wie folgt: »Die Prinzipate haben das Recht, eine bestehende kürzere

Arbeitszeit auf 53 Stunden zu erhöhen... Ein- und Auslaufen, An- und Auskleiden, Waschen usw. hat außerhalb der Arbeitszeit zu geschehen.

11. u. 12. I. 12. Die Unternehmer wiederholten ihr Angebot der 53stündigen Arbeitszeit für Steindruck, verzichten aber auf ihre Forderung, kürzere Arbeitszeiten auf 53 Stunden zu erhöhen und durch die Ausschaltung der Einlaufzeiten, Waschpausen usw. die Arbeitszeit der Lithographen und Steindruckerei vieler Betriebe zu verlängern.

23.—27. I. 12. Es blieb bei der am 10. und 11. Januar niedergelegten Fassung.

**Mindestlohn:**

15. IX. 11. Die Unternehmer erklärten sich für Leipzig zur Festsetzung des Mindestlohnes für Ausgelernte auf 21 Mk., und nach langen weiteren Verhandlungen auf 22 Mk. bereit.

7. XII. 11. Die Unternehmer lehnten die Verhandlungen über alle weiteren Punkte ab, da die Gehilfen den Zumutungen auf Verschlechterung der Arbeitszeit nicht zustimmten, sodaß auch über den Mindestlohn nicht mehr verhandelt wurde.

10. u. 11. I. 12. Die Unternehmer erklärten sich zur Erhöhung des niedrigsten Mindestlohnes von 18 auf 20,50 Mk. und der Mindestlöhne in fortgeschrittenen Städten um 2 Mk. bereit; im Laufe der Verhandlungen boten sie dann für 39 Orte 20,50 Mk., für 5 Orte 21 Mk., für 2 Orte 21,50 Mk., für 5 Orte 22 Mk. und für 2 Orte 24 Mk. als Mindestlohn an.

23.—27. I. 12. Der Mindestlohn wurde endgültig wie folgt festgesetzt: 26 Orte 20,50 Mk., 12 Orte 21 Mk., 2 Orte 21,50 Mk., 8 Orte 22 Mk., 1 Ort 22,50 Mk., 2 Orte 23 Mk., 2 Orte 24 Mk.

**Lehrlingswesen:**

15. IX. 11 u. 7. XII. 11. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab.

10. u. 11. I. 12. Die Unternehmer lehnten jede Einschränkung der Lehrlingszahl im Steindruck ab; nur in der Lithographie sollte unter gewissen Bedingungen in der ersten Staffel wie bisher auf 1 bis 4 Gehilfen, dann aber immer erst auf je 1 bis 5 Gehilfen ein Lehrling gehalten werden können.

23.—27. I. 12. Die Unternehmer erklärten sich auch zu einer Beschränkung der Lehrlingszahl im Steindruck in der Richtung bereit, daß in der ersten Staffel wie bisher auf 1 bis 3 Gehilfen, dann aber immer erst auf 1 bis 4 Gehilfen ein Lehrling gehalten werden kann; für Lithographen blieb es bei der am 10. und 11. Januar 1912 niedergelegten Fassung.

**Überstunden:**

15. IX. 11 u. 7. XII. 11. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab.

10. u. 11. I. 12 u. 23.—27. I. 12. Es blieb im wesentlichen bei der Fassung von 1906.

**Feiertagsbezahlung:**

15. IX. 11 u. 7. XII. 11. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab.

10. u. 11. I. 12. Es blieb im wesentlichen bei der Fassung von 1906, nur soll auch durch Arbeitsmangel bedingtes nichtvereinbartes Aussetzen voll entschädigt werden.

23.—27. I. 12. Es blieb bei der am 10. und 11. Januar 1912 niedergelegten Fassung.

**Entschädigung für Bronzedruck:**

15. IX. 11 u. 7. XII. 11. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab.

10. u. 11. I. 12. Entschädigung an nichtstaubfreien Maschinen: 50 Pf. für den ganzen Tag, 25 Pf. für den halben Tag und kürzere Zeit.

23.—27. I. 12. Wie am 10. und 11. Januar 1912 mit dem Zusatz, daß bisher gewährte höhere Entschädigungen bestehen bleiben.

**Ferien:**

15. IX. 11 u. 7. XII. 11. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab.

10. u. 11. I. 12 u. 23.—27. I. 12. Die Feriengewährung wurde den einzelnen Firmen überlassen.

**Arbeitsmaterial:**

15. IX. 11 u. 7. XII. 11. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab.

10. u. 11. I. 12 u. 23.—27. I. 12. Das tägliche Verbrauchsmaterial ist vom Geschäft zu liefern.

**Entschädigung aus § 616 B. G. B.:**

15. IX. 11 u. 7. XII. 11. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab.

10. u. 11. I. 12 u. 23.—27. I. 12. Es blieb im wesentlichen bei der Fassung von 1906.

**Kündigungsfrist:**

15. IX. 11 u. 7. XII. 11. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab.

10. u. 11. I. 12 u. 23.—27. I. 12. 14tägige Kündigung mit Ausnahmen für Spezialarbeiter (siehe oben).

**Arbeitsnachweis:**

15. IX. 11 u. 7. XII. 11. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab.

10. u. 11. I. 12 u. 23.—27. I. 12. Es blieb im wesentlichen bei der Fassung von 1906.

**Lohnfrage:**

15. IX. 11. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab.

7. XII. 11. Die Unternehmer boten für die zugemutete direkte Verlängerung kürzerer Arbeitszeiten auf 53 Stunden (nicht aber für die zugemutete indirekte Verlängerung durch Ausschaltung der Waschpausen, Einlaufzeiten usw.) eine Entschädigung durch entsprechende Lohnerhöhung.

10. u. 11. I. 12. Die Unternehmer erklärten, sie seien nicht in der Lage, Lohnzulagen irgend welcher Art und in irgend einer Form zu gewähren.

23.—27. I. 12. Der Schutzverband empfahl seinen Mitgliedern die Erhöhung aller, den örtlichen Mindestlohn bis zu 5 Mk. übersteigenden Löhne und verpflichtete sich, für die Ausführung dieser Empfehlung zu wirken.

Im vorstehenden Tatsachenmaterial haben wir eine übersichtliche Darstellung gegeben von der Entwicklung der einzelnen Positionen der Vereinbarungen von einer Verhandlung zur andern. Auch in diesem Falle können wir auf eine Kommentierung verzichten; möge jeder Kollege selbst seine Schlußfolgerungen ziehen. Bemerken wollen wir nur noch, daß die Unternehmer noch am 1. Dezember 1911 jeden Schutz günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen entschieden ablehnten. Die vorstehende Übersicht zeigt, daß sie am 10. und 11., sowie am 23.—27. Januar 1912 auch diesen Standpunkt gründlich revidieren mußten. Wir heben zum Schluß noch einmal hervor, was wir schon früher sagten: *Hätten die Unternehmer von vornherein über die gesamte Vorlage verhandelt und die Zugeständnisse vom 23.—27. Januar 1912 schon vor Beginn des Kampfes am 15. September 1911 gemacht, dann wäre eine Verständigung viel leichter möglich gewesen und das Gewerbe vor dem schweren Kampfe wahrscheinlich bewahrt geblieben. Unsere Darlegungen zeigen, daß allein der Schutzverband für den Kampf und seine Folgen verantwortlich ist.*

**Rundschau.**

**Die Bergarbeiter im Ruhrreviere** sind am 11. März in den Streik getreten, nachdem am 10. März eine Revierkonferenz der drei beteiligten Verbände in Herne mit 507 gegen 74 Stimmen folgende Resolution beschlossen hatte: »Die am 10. März 1912 in Herne tagende, von Delegierten der drei vereinigten Verbände besidichte Revierkonferenz ist mit den Forderungen und dem Vorgehen der Vorstände der drei Verbände voll und ganz einverstanden und ist einstimmig dafür, daß diese, auch von den christlichen Führern vollständig gutgeheißenen Forderungen mit allem Nachdruck einheitlich verfochten und zur Annahme gebracht werden sollen, was nach erfolgter Ablehnung seitens der Zedenerherren nur durch den gesetzlich zulässigen Streik erfolgen kann. Selbst wenn einige Zeden die Arbeiterforderungen bewilligen sollten, so müßten deren Belegschaften doch solange den Streik mit fortsetzen, bis die Revierkonferenz darüber entschieden hat. Die Konferenz ersucht alle Kameraden, die günstige Zeit mit auszunutzen, den Streik in aller Ruhe und unter Aufrechterhaltung musterhafter Ordnung bis zu Ende zu führen und dabei strengste Disziplin zu halten. Hoch die Solidarität!« Noch an demselben Tage stimmten in 80 Versammlungen 150000 Bergarbeiter dieser Resolution zu. An dem Streik sind nach den bis zum Abschluß dieser Nummer vorliegenden vorläufigen Schätzungen über 120000 Bergarbeiter beteiligt.

**Eine Stiftung von 50000 Mark** für die wissenschaftliche Erforschung der Krebskrankheit machte der Kunststallsbesitzer Martin Brunner in Nürnberg anlässlich seines 50jährigen Geschäftsjubiläums.

**Der Nahrungsmittelaufwand im Jahre 1911.** Der Reichsindex für das Jahr 1911 stellt sich nach den Berechnungen, die in den vom Calwischen wirtschaftsstatistischen Bureau zusammengestellten und bearbeiteten »Monatlichen Übersichten über Lebensmittelpreise« enthalten sind, auf 24,18 Mark. Er stieg von 23,50 Mk. im Januar 1911 auf 24,60 im Dezember 1911, also um 1,10 Mk. Im Januar 1912 ist inzwischen eine weitere Steigerung um 0,08 Mk. auf 24,68 Mk. eingetreten, sodaß die Reichsindexziffer gegen Januar 1911, d. h. in einem Zeitraum von 12 Monaten, insgesamt um 1,18 Mark gestiegen ist.

**Steuerabzugsfähigkeit der Straßenbahnkarten-Abonnements** Die oberste preußische Steuerverwaltungsbehörde hat jetzt anerkannt, daß die Ausgaben, welche Arbeiter, Handwerker, Geschäftsangestellte usw. für Straßenbahn- oder Stadtbahnfahrten von und zur Arbeitsstelle aufwenden müssen, als Ausgaben im Sinne des § 20 des Staatseinkommen-Steuergesetzes einzuschätzen und demnach abzugsfähig sind.

**Ein ungetreuer Gewerkschaftsangehelliger**, der frühere Lokalbeamte des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Dresden, Franz Schmidt, wurde kürzlich vom dortigen Landgericht wegen Unterschlagung mehrerer tausend Mark Verbandsgelder zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Zwei Monate werden ihm als verbüßt auf die Untersuchungshaft angerechnet. Im Urteil verlas der Vorsitzende, daß die Revisoren erst durch ihre laxen Revisionen die Unterschlagungen ermöglicht hätten.

**Ein deutscher Frauenwahlrechtstag** findet in diesem Jahre wieder statt, und zwar am Sonntag, den 12. Mai 1912. Der Frauentag soll eine Demonstration für das allgemeine, gleiche, geheime

und direkte Wahlrecht für die Frauen sein. Die Genossen und Genossinnen werden schon jetzt ersucht, eine umfassende Agitation hierfür zu entfalten und ihre Vorbereitungen zu treffen. Insbesondere werden die Organisationen gebeten, sich mit ihren Veranstaltungen so einzurichten, daß der 12. Mai frei bleibt für die Demonstration der proletarischen Frauen. Die Demonstration wird wieder eine internationale sein. Schon jetzt steht fest, daß die Genossinnen in Oesterreich und in anderen Ländern sich der Demonstration anschließen.

**Gegen das Koalitionsrecht** wurde ein neuer Vorstoß unternommen. Die konservative Fraktion des Reichstags brachte zum Etat des Reichsamts des Innern eine Resolution ein, wonach der Reichstag beschließen möge, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuchs dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Abänderung der Reichsgewerbeordnung bzw. des Reichsstrafgesetzbuchs vorzulegen, durch den ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen gegen Hinderung an der Arbeit, gegen Bedrohungen und Gewalttätigkeiten herbeigeführt und gesichert wird. Den gleichen Vorstoß wagte auch der konservative Dr. Böhme in der Gesetzgebungsdeputation des sächsischen Landtags. Er formulierte Anträge zum Schutze der Arbeitswilligen durch gesetzliche Maßnahmen gegen das Streikpostenstehen, gegen die Sabotage, auf Bestrafung des Boykotts, auf gesetzliche Haftbarmachung der Gewerkschaftskassen für Schäden einzelner Mitglieder, und schließlich wünschte er noch Außerkräftsetzung des § 152 der Gewerbeordnung für Staatsarbeiter und Arbeiter in solchen Betrieben, deren Aufrechterhaltung für das Gemeinwohl notwendig sind. Es geht also immer noch aufs Ganze; daran ständig gerade von den sogenannten »Staatsverhaltenden« erinnert zu werden, ist für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft besonders wertvoll.

**Heinrich Kämpchen**, ein gemüthlicher Arbeiterdichter, der Sänger des Bergarbeiterlebens, starb am 6. März im Alter von 66 Jahren. Seine diderotische Stärke lag im Lyrischen, Gefühlsmäßigen, und die von ihm veröffentlichten Sammlungen bergen manche Perle, die er der Heimat, den Ruhrbergen, geweiht hat. Die Arbeiterschaft wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Ernst Schur**, der feinsinnige Kunstschriftsteller, aus dessen Feder auch die »Gr. Pr.« eine Reihe von Beiträgen veröffentlicht hat, ist am 6. März in Großlichterfelde bei Berlin im Alter von 36 Jahren gestorben. Sein Leben war ganz dem Erleben von Kunst und Kultur geweiht. Er fand den Weg vom preussischen Referendar zum freien Menschen und des weiteren vom Ästhetiker zum Volk. Er empfand und wollte Kunst und Kultur nicht als ein Genießen weniger, nicht als Luxus, sondern als Erbe aller und Lebensnotwendigkeit.

**Wirtschaftliche Monatsschau.**

Berlin, den 11. März 1911.

Wirkungen des englischen Bergarbeiterkampfes; Englands Anteil an der internationalen Kohlenproduktion; Kohlenausfuhr; inländischer Verbrauch; Deutschland und die Zufuhr englischer Kohlen; Einfluß des Kampfes auf Deutschland und England; Bedeutung der einzelnen englischen Grubenbezirke.

Angesichts des großen englischen Bergarbeiterkampfes dürfte eine Übersicht über den Stand der englischen und der internationalen Kohlenproduktion, ferner über die Konkurrenzverhältnisse auf den verschiedenen Absatzmärkten der Einzelländer am Platze sein.

Im Dezember veröffentlichte das englische Handelsamt als Parlamentsdrucksache seine bekannte periodische Statistik, die für das Jahr 1910 für die fünf hervorragendsten Kohlenproduktionsstaaten die folgende Ausbeute (in englischen Tonnen) ergab: Vereinigtes Königreich\*) 263 433 000 Tonnen, Deutschland 150 372 000, Frankreich 37 254 000, Belgien 23 532 000, Vereinigte Staaten 447 837 000. Nur Amerika ist also bisher über das berühmteste und älteste Kohlenland hinausgewachsen, allerdings heute schon bis zu einem Übergewicht von fast 70 Proz. Dafür folgt selbst das rasch aufstrebende Deutschland noch immer in weitem Abstand, es begnügt sich, bei einer wesentlich größeren Bevölkerungszahl (Deutschland 1910: 64,9 Millionen, England 1909: 45 Millionen Einwohner) mit etwa 1/4 der englischen Produktion, während Frankreich und Belgien zusammen es noch nicht einmal auf ein Viertel bringen. In der Produktion pro Kopf der Bevölkerung ist England sogar den Vereinigten Staaten noch immer überlegen, denn diese Vergleichsziffer stellt sich für England auf fast 6 Tonnen, für die Vereinigten Staaten auf noch nicht 5 Tonnen, für Belgien auf 3 1/2 Tonnen, für Deutschland auf 2 1/2 Tonnen, für Frankreich sogar auf unter 1 Tonne.

Schon hieraus läßt sich ersehen, weld enorme Bedeutung neben dem heimischen Verbrauch gerade in England der Ausfuhr zukommen muß. Der Ausfuhrüberschuß (das Mehr der Ausfuhr gegenüber der etwaigen gleichzeitigen Einfuhr) betrug 1910: im Vereinigten Königreich 84 494 000 Tonnen, in Deutschland 20 146 000, in den Vereinigten Staaten 13 022 000.

\*) Vereinigtes Königreich ist Großbritannien (England-Wales und Schottland) und Irland. Oben ist immer kurzweg der Ausfuhrüberschuß England für das ganze Vereinigte Königreich gebraucht.

Aber auch der inländische Verbrauch ist bei der hohen Industrie- und Transportentwicklung in England ganz außerordentlich, so daß Deutschland trotz seiner um über ein Drittel größeren Bevölkerung anscheinlich hinter England zurückbleibt (Selbstverbrauch in England 1910: 179 939 000 Tonnen, in Deutschland 130 226 000 Tonnen). Von dem Verbrauch Englands rechnet unsere Denkschrift: 12 472 479 Tonnen auf den Heizbedarf der Eisenbahnlokomotiven, 20 Millionen Tonnen auf die Roheisenerzeugung, mehr als 15 Millionen Tonnen auf die Gasgewinnung.

Auch Deutschland ist bekanntlich an dem Bezug englischer Kohlen stark beteiligt. Nach der deutschen Einfuhrstatistik, die erklärlicherweise mit den englischen Ausfuhrziffern nicht ganz übereinstimmt, bezogen wir vom Ausland Steinkohlen:

	überhaupt Tonnen	davon a. England Tonnen
im Jahre 1910	11 195 593	9 653 115
im Jahre 1911	10 913 948	9 422 695

Diese englische Zufuhr konzentriert sich naturgemäß vor allem an unseren Küsten und den großen, von der See landeinwärts führenden Wasserwegen; bei günstiger Fluß- und Kanalverbindung hat sie selbst in ziemlich weit nach dem Innern hin gelegenen Konsumzentren einen überraschend großen Umfang, falls diese Zentren aus den rivalisierenden deutschen Produktionsgebieten nur unter Aufwand hoher Transportkosten zu erreichen sind. So stellte sich für Steinkohlen, Koks und Briketts das Anteilverhältnis der verschiedenen Produktionsgebiete an der Versorgung Groß-Berlins nach den Handelskammerberichten in den letzten Jahren folgendermaßen:

Jahr	Gesamteinfuhr nach Groß-Berlin Tonnen	Davon lieferten Prozent		
		Ober-schlesien	Westfalen	England
1903	2 814 000	60,9	10,2	15,4
1904	2 785 000	52,1	9,0	21,7
1905	3 214 000	55,0	9,2	22,7
1906	3 344 000	58,6	11,9	19,7
1907	3 872 000	51,3	12,4	28,2
1908	3 876 000	49,4	10,3	33,4
1909	4 174 000	46,0	12,3	35,7
1910	3 989 000	46,2	11,7	35,3

Andererseits mag es richtig sein, daß gerade diese innerdeutschen Konsumplätze die Wirkung des englischen Streiks erst ziemlich spät verspüren werden. Weil der Wassertransport im Winter stockt und auch die Wiedereröffnung im Frühjahr sich oft wider Erwarten lange hinauszieht, sind sie gewöhnt, größere Vorräte aufzusammeln. So erklären die Berliner und Charlottenburger Gasanstalten, die Berliner Elektrizitätswerke und ähnliche Unternehmungen, bis zum April mit englischer Kohle genügend versehen zu sein. Um so geringer scheinen jedoch die Vorräte der industriellen Verbraucher in England selber zu sein, am geringsten gerade bei den Eisenhütten und den weiterverarbeitenden Eisenwerken sowie bei einem großen Teil der Raumwollindustrie, der es an jeder Vorrichtung für Unterbringung größerer Vorräte mangelt. Die meisten englischen Eisenbahnen mußten gleich von Anfang an zu einer Einschränkung ihres Betriebes greifen. Für Bunkerkohle wurden sofort wahre Phantasiepreise gezahlt, nur um die Abfahrt der Frachtdampfer zu ermöglichen. Aus einer ganzen Reihe von Industrien mehrten sich die Mitteilungen über Brennstoffmangel, teilweise und gänzliche Stillsetzung von Tag zu Tag. Dagegen scheinen die Gruben von Konventionalstrafen für Unterlassung von vereinbarten Lieferungen nichts zu fürchten zu haben; in ihren Verträgen findet sich wohl ausnahmslos die Streik Klausel, die sie vom ersten Tage des Streiks ab von ihren sonst geltenden Lieferverpflichtungen befreit. An einen Ersatz der heimischen durch ausländische Kohle können die englischen Transport- und Industrieunternehmer kaum denken, weil sie mit dem entschlossensten Widerstand der Transportarbeiter rechnen müssen. Nach der Statistik des Jahres 1910 würde jeder Tag des allgemeinen englischen Grubenarbeiterstreiks eine tägliche Minderzufuhr von 84 834 Tonnen im Werte von etwa 7 Millionen Mark zum englischen und internationalen Markt bedeuten.

Zum Schlusse seien noch folgende Zahlen über die Bedeutung der einzelnen Grubenbezirke angeführt:

Grubenbezirke	Zahl der Grubenarbeiter	Arbeiter über Tag	Zahl der Gruben	Ausbeute an Kohlen in Tonnen
Schottland	112 206	25 667	509	41 335 132
Newcastle-Distrikt	96 143	21 089	240	78 623 312
Durham-Distrikt	88 827	24 054	252	26 091 897
Yorkshire u. Nord-Mid-lands	190 206	47 658	620	65 781 131
Nord- u. Ost-Lancashire	39 216	10 880	207	10 909 691
Irland	568	157	17	79 812
Liverpool u. Nord-Wales	55 833	13 829	216	16 175 294
Süd-Wales	181 261	31 991	639	48 699 981
Midland und südlicher Distrikt	84 041	21 701	553	76 616 294
Summa	848 381	201 026	3 213	204 417 588

Nach Max Schippel.

**Feinde des Koalitionsrechts.**

Im Wahlkampf 1907, der zum großen Teil mit dem Gelde der Scharfmacher geführt wurde, spielten die Angriffe auf das Koalitionsrecht eine große Rolle. In einem Schreiben des Zentralverbandes an den Fürsten Bülow wurde die »außergewöhnliche Opferwilligkeit« gerühmt und darauf hingewiesen, daß die Hauptaufgabe des neuen Reichstages der Kampf gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften sei; besonders betont wurde die »Gefahr« der Gewerkschaften. Der Streit der bürgerlichen Parteien um die Finanzreform war es, der die Erfüllung der Träume der Reaktionen verhinderte. Aber Entgegenkommen haben sie längst gefunden. Der Reichskanzler Bethmann Hollweg und der preussische Minister des Innern haben wiederholt erklärt, daß gegen die »Ausschreitungen« bei gewerblichen Kämpfen verschärfte Strafgesetze in Aussicht genommen seien.

Der Vorentwurf des neuen Strafgesetzbuches enthält Bestimmungen, die den Wünschen der Scharfmacher sehr weit entgegenkommen. Allerdings wird das Koalitionsrecht nicht direkt verboten und der Streik gilt nicht als Verbrechen, obwohl der »Theoretiker« der Scharfmacher A. Tille der Meinung ist, daß Streik Raub, Gemeinheit, Niedertracht, Verneinung jeder Kultur und Sittlichkeit sei. Aber die Bestimmungen laufen dahin, daß das Koalitionsrecht herabgedrückt wird zu einem Scheinrecht, das nur auf dem Papier steht. Erstens werden große Arbeiterkategorien den Landarbeitern gleichgestellt, indem durch die §§ 184 und 185 den Arbeitern in öffentlichen Betrieben wie Post, Eisenbahnen, Gasanstalten, Wasserwerken usw. das Streiken bei Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder Gefängnis bis zu drei Jahren verboten ist. Übertröffen wird dieses Streikverbot durch den § 275, den Erpressungsparagrafen. Hier wird Gefängnis und bei besonders schweren Fällen Zuchthaus angedroht, wenn es »jemand unternimmt, sich oder einem Dritten unredtmäßigen Gewinn zu verschaffen, einem andern durch Gewalt oder durch Drohung einen Vermögensvorteil abzunütigen.« Nach dem jetzigen Recht sind alle Fälle, die bei Erpressung mit Zuchthaus bestraft werden, besonders aufgeführt. Es kann Zuchthaus verhängt werden, wenn die Erpressung »durch Bedrohung mit Mord, mit Brandstiftung oder Verursachung einer Überschwemmung« oder »durch Gewalt oder unter Anwendung von Drohungen gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben« begangen wird. Im Vorentwurf wird die Entscheidung bei »besonders schweren Fällen« in das freie Ermessen des Richters gestellt. Und es kann dahin kommen, daß Arbeiter, die im Auftrag ihrer Kollegen mit den Unternehmern verhandeln, lediglich deswegen als ehrlose Erpresser mit Gefängnisstrafe belegt werden können, weil sie auf die Möglichkeit des Streiks hingewiesen haben. Im übrigen ist es nicht ausgeschlossen, daß gegen die »Lohnpresser« bei »besonders schweren Fällen« Zuchthausstrafe verhängt wird; man braucht ja nur an das Zuchthausurteil von Löbtau zu denken. — Wir müssen noch darauf hinweisen, daß der Zentralverband der Industriellen die Initiative dafür ausgab, den § 241 zu einem Kauschukparagrafen, mit dem sich schließlich alles treffen läßt, zu machen. Hier fordert man, daß derjenige, der es unternimmt, »Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsstätten planmäßig zu überwachen«, mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft werden soll. Also für einfaches Streikpostenstehen, auf das heute keine Gewerkschaft verzichten kann und das heute schon vielfach durch Verkehrsordnungen, Polizei und Gerichte unmöglich gemacht wird, bis zu einem Jahr Gefängnis! So sucht man unter dem Scheine des Rechts dem Koalitionsrecht die Zähne auszubrechen und ein gesetzlich gewährleistetes Recht, das sich glänzend bewährt hat, abzuschaffen.

In Sachsen, wo wir die zahlreichste industrielle Bevölkerung haben, kam es anläßlich einer konservativ-nationalliberalen Interpellation zwecks Einschränkung des Koalitionsrechts zu einer interessanten Debatte. Schon vor der Debatte sprach der Abgeordnete Bleyer (natl.) die Hoffnung aus, daß der Ruf nach Beschränkung des Koalitionsrechtes dieselbe Wirkung auf das Volk ausüben möge, wie die Hottentottenparole 1907. Der erste Redner der Konservativen bedauerte den Fall der Zuchthausvorlage und verübete die Haltung des Abgeordneten Bassermann, der nicht den Mut gefunden habe, für diese Vorlage zu stimmen. Aber der Fraktionsgenosse Bassermanns, Abgeordneter Bleyer, betonte in entschiedener Weise die Absicht der National-liberalen, die unumschränkte Herrschaft des Unternehmertums zur Wirklichkeit zu machen. Daß die Scharfmacher die Regierung für ihre Gelüste geneigt fanden, ist aus den Ausführungen des Ministers des Innern zu ersehen. Er erklärte: der wirtschaftliche Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern habe vielfach zu Ausschreitungen geführt, die vom Gesetze für solche Kämpfe geschaffene Ordnung genüge nicht. Die sächsische Regierung sei geneigt, im Bundesratte für eine Abänderung und Ergänzung der Gesetze einzutreten. Bei Prüfung der Frage, ob das durch ein Sondergesetz oder auf dem Boden

des gemeinen Rechtes geschehen solle, sei die Regierung zu der Überzeugung gelangt, daß auch die strafgesetzlichen Bestimmungen, besonders die über die Willensfreiheit, einer Abänderung bedürftig seien und bei der bereits in Angriff genommenen Revision des Strafgesetzes wohl eine andere Begriffsbestimmung erhalten würden. Die Regierung werde durch Instruierung des sächsischen Vertreters bei den Arbeiten der Strafgesetzkommission auf die Dringlichkeit der Lösung der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen gegen Gewalttätigkeiten und der Gewerbetreibenden gegen frivole Verurteilung hinweisen und auch im Bundesrate die Notwendigkeit der Reform betonen.

Diese Ausführungen lösten bei den Junkern und Schlotbaronen den heiligen Jubel aus; gab doch die Regierung öffentlich zur Kenntnis, daß unter der Maske des Schutzes der freien Willensbestimmung der freie Wille der Arbeiter aufgehoben und die Arbeiterbewegung niedergeworfen werden soll. Die Sozialdemokratie forderte Schutz von der Regierung gegen den unerhörten Terrorismus der Unternehmer gegen die organisierten Arbeiter. Aber auf die wichtige Anklage der Arbeitervertreter wußte der Minister kein Wort der Erwiderung. Er will die »Ausschreitungen« beseitigen, aber nur bei den Arbeitern, weil ja bei den Unternehmern keine Ausschreitungen vorkommen; dazu sei aber § 153 noch unzureichend und müsse deshalb verschärft werden. Im Verlauf der Debatte griff nun der Justizminister ein, um sich gegen den Vorwurf der unterschiedlichen Behandlung von Unternehmern und Arbeitern zu verhalten. Er sagte: »Diese Übergriffe, meine Herren, oder Verletzungen, diese unerlaubten Auswüchse, die auch das Unternehmertum dann und wann sich hat zu schulden kommen lassen, fallen ja gar nicht unter den § 153. Nur wenn der Unternehmer gegen den Arbeitnehmer die unerlaubten Mittel anwendet, oder wenn der Unternehmer gegen andere Unternehmer die unerlaubten Mittel anwendet, dann fallen sie nach der richtigen Auslegung unter § 153 der Gewerbeordnung.«

Diese Ausführungen des Justizministers, von denen man nicht weiß, ob sie auf Naivität oder bewußte Täuschung zurückzuführen sind, stimmen wohl mit dem Buchstaben des Gesetzes überein, nicht aber mit der Wirklichkeit und Praxis. Schon vor der Zuhörungsverhandlung wurde der § 153 angewendet gegen Arbeiter, die einen Unternehmer mit der Sperre bedrohten. Es sei hier nur der klassische Fall angeführt: In Breslau wurde 1907 der Sekretär des Metallarbeiterverbandes zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte zu den Unternehmern gesagt: »Wenn Sie die Ansprüche nicht erfüllen, werden die Arbeiter streiken.« Diesen Ausspruch erkannten die Breslauer Gerichte als eine Drohung, dabei folgten sie den Auslegungen des Reichsgerichts, das seit 1903 den § 153 der Gewerbeordnung als anwendbar auf Verabredungen zwischen Unternehmern und Arbeitern, also zwei gegenüberstehenden wirtschaftlichen Gruppen, erklärt hatte. Indessen kann man an diesem Fall, der natürlich nicht vereinzelt dasteht, ersehen, daß der § 153 ein Ausnahmegesetz gegen Arbeiter ist, wie ja schon längst von billig denkenden Männern, wie Professor Brentano, festgestellt wurde.

Dieses Vergehen der sächsischen Regierung hat natürlich die Hoffnungen der Koalitionsrechtsfeinde verstärkt. Zwei Tage vor den Reichstagswahlen wurde in der Hamburger Bürgerschaft über einen Antrag verhandelt, der verlangte, daß der Senat die Anträge der königlichen sächsischen Regierung tunlichst unterstützen solle, auf einen besseren Schutz der Arbeitswilligen und »Verbot des Streikpostenstehens« hinwirken möge. Die Begründung des Antrages, die durch einen energiegelassen Scharfmacher erfolgte, enthielt natürlich kein Wort vom Koalitionsrechtsraub. In diesem Punkte sind die Scharfmacher alle gleich, sie reden vom »Ausbau des Koalitionsrechts, von der »wahren« Koalitionsfreiheit und haben als wahres Ziel die Erdrosselung der Arbeiterbewegung vor Augen. Mit dieser politischen Unerhrlichkeit will man die Massen hinwegtäuschen über die reaktionären Anschläge.

Im Dezember wurde durch die Presse bekannt, daß bereits im preußischen Ministerium des Innern ein Gelbbuch fertiggestellt sei, in dem Material niedergelegt ist, das von Polizeibehörden und Scharfmachern geliefert wurde. Von diesem Gelbbuch hatte der sächsische Minister bestimmt Kenntnis, als er im sächsischen Landtage mit großer Sicherheit mitteilen konnte, daß die Gesetzgebung den Wünschen der konservativen und nationalliberalen Scharfmacher Rechnung tragen werde. Das Gelbbuch wird vorläufig der Öffentlichkeit vorenthalten... Diese Scheu vor der Öffentlichkeit ist außerordentlich bemerkenswert, denn sie beweist, daß dieses »Material« der Kritik wohl kaum Stand zu halten vermag, höchstwahrscheinlich sind es aufgebaute Schauer geschichten. Diese Meldung wird nun gewissermaßen erhärtet durch eine andere Nachricht, die im Januar in der »Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz«, einem Blatt, dem man gute Beziehungen nachrühmt, zu lesen war. Sie ging dahin, daß dem neuen Reichstage bald nach seinem Arbeitsbeginn der Entwurf zu einem Gesetz über den Schutz Arbeitswilliger gegen den Streikterrorismus vorgelegt werden soll, damit gewissermaßen die Probe aufs Exempel gemacht werde, ob sich in dem neuen Reichstage eine Mehrheit für »nationale

Aufgaben« finden wird. Also der Schutz der Arbeitswilligen wird hier zur nationalen Aufgabe gemacht.

Nun hat ja das deutsche Volk bei den Reichstagswahlen in erfreulicher Weise den Reaktionsären eine Antwort gegeben, daß ihnen Hören und Sehen vergangen ist. Es sind diverse Arbeiterfeinde zur Strecke gebracht worden. Und es gilt jetzt dahin zu wirken, daß das Koalitionsrecht erstens einmal sichergestellt wird. Ist es doch ein unerhörter Zustand, daß ein gesetzlich gewährleitetes Recht immer den geheimen Angriffen und Verschwörungen der Arbeiterfeinde ausgesetzt ist. Ein Recht, welches für die Arbeiter so notwendig ist wie die Luft zum Leben, darf auch nicht unter dem Scheine des gemeinen Rechts zu einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter werden. Und schließlich wird es notwendig, das Koalitionsrecht zu erweitern, es zu einem wirklichen Recht zu machen, das den Arbeitern ermöglicht, ihre soziale Lage zu heben, wie es der allgemeine Stand der Kultur erheischt. Da ist aber vor allem nötig, daß die Zahl der organisierten Arbeiter mit jedem Tage wächst, denn damit vergrößert sich naturgemäß auch die Macht der Gewerkschaften. Je größer aber die Macht, umso größer wird auch das Recht sein, was man ihnen schließlich denn doch einräumen muß, es ist daher für jeden Gewerkschafter jetzt die heiligste Pflicht, mitzuarbeiten an dem Ausbau der Organisation, damit die Pläne der Feinde des Koalitionsrechts zu schanden werden. fm.

## Sozialaufgaben und Kulturprobleme.

Unter den nächst zu lösenden Menschheitsaufgaben, die die Öffentlichkeit und Gegenwart beschäftigen, sind wohl die sozialen die wichtigsten. Ihre außerordentliche Bedeutung erkennt man auch schon aus den vielen bürgerlichen Schriften, Büchern und Diskussionen, die dieses Thema behandeln. Sie verraten oftmals den guten Willen, dazu beizutragen, wachsende Erkenntnis über die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, über Ursache und Wirkung im Wirtschaftsgebiete zu ermöglichen.

Die breite öffentliche Erörterung über Fragen der Sozialpolitik kennzeichnet die gegenwärtige politische Aufklärungszeit, die der natur- und geisteswissenschaftlichen des vorigen Jahrhunderts folgte. Es wird Aufgabe des neuen Jahrhunderts sein, die sozialpolitischen Wirtschaftsfragen der befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

Die richtige Erkenntnis der Voraussetzung, daß nur eine gute soziale Unterordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse eines Volkes die sichere Grundlage bildet für den Überbau höherer ethischer und geistiger Kultur und als Vorbedingung neuen Geisteslebens jeglicher Art anzusehen ist, sichert den Sozialfragen auch das Interesse und die Unterstützung derer, die nicht zum Proletariat gehören, aber doch sozial und fortschrittlich gesinnt sind. Der mannigfaltige Charakter aller Fortschrittskräfte verlangt die Mitarbeit auch politisch differenzierter Kräfte. So muß in den gesetzgeberischen Stellen noch auf lange Zeit hinaus mit der Hilfe fortschrittlich gesinnter bürgerlicher Parteien für die Förderung sozialer Aufgaben gerechnet werden. Der Zusammenklang verschiedener Instrumente ergibt das Konzert.

In gleicher Weise kann auch nur das freiheitlich-fortschrittliche Gewissen der **Volks-gesamtheit** gehoben und auf die sogenannte öffentliche Meinung bestimmend eingewirkt werden, um weitgreifenden sozialen Verbesserungen den Boden zu ebnet. Denn wenn die öffentliche Meinung ernst und in fortschrittlichem Sinne zu allen bedeutenden Fragen Stellung nimmt, dann wird nicht nur eine größere Einwirkung auf die Entschließungen der gesetzgeberischen Körperschaften in kulturfördernder Weise möglich sein, sondern es werden auch reaktionäre Machtpläne eingedämmt und zurückgeworfen werden können. Besonders vermag diese öffentliche Meinung auch gegen alle öffentlichen, sozialen und wirtschaftlichen Übelstände maßgebend und bestimmend zu wirken. Es liegt sogar die Möglichkeit vor, durch diese öffentliche Meinung die freiheitlich-fortschrittliche Auffassung im Volksleben zu einer Macht zu entwickeln, die Regierungen und Behörden in ihrem Sinne beeinflußt. Diese Tatsache ist in allen demokratisch fortgeschrittenen Ländern zu beobachten.

In Preußen-Deutschland beherrscht freilich immer noch zu einem großen Teile ein Mittelding zwischen absoluter Autokratieverehrung und fatalistischer Himmelsfügungsgeminnung das Verhältnis des Bürgers zu seiner »Obrigkeit«. Und diese macht es sich zu nutzen, indem sie die altersgraue, zur leeren Form gewordene »Überzeugungstreue« des deutschen Pfahlbürgers und die »öffentliche Meinung« des Spießbürgertums gegen den »Umsturz« und die »Revolution« mobil macht. Von diesem Bierbankphilisterium werden die politischen Gewaltakte und die sozialpolitische Tatenlosigkeit der Regierungs-autokratie immer noch geduldig hingenommen, und die berechtigten Ansprüche auf soziale Fortschritte bleiben in diesen Kreisen, wenn's gut geht, ungefordert, fromme und geheime Wünsche. Ja das Beispiel Marokko lehrt, daß die Regierung diese Art »öffentliche Meinung« noch im schlimmsten Sinne zu ihren Gunsten zu beeinflussen vermag.

Unter diesen Umständen und Verhältnissen kann freilich ein nennenswerter Sozialfortschritt nicht zu Wege kommen. Und doch: die Zeit ist da und die Möglichkeiten zu solcher Neugestaltung liegen vor. Wer wollte das bestreiten? Wäre nur die Kraftentfaltung hierzu im **ganzen Volke** vorhanden und setzte sie sich mit elementarer Gewalt durch, um den schlafenden Michel-Zustand zu überwinden!

Wenn die Zeit in nächster Zukunft jene sozialen Grundlagen zu schaffen vermöchte, so würden sich auch die neuen Geistes-, Kunst-, Ethik- und Moralformen zur Höhe entwickeln. Und von einer derartigen höheren Geistesentfaltung ist anzunehmen, daß sie, gleich wie ihre Entwicklung auf den Einfluß der guten sozialen Grundlage zurückzuführen wäre, selbst wiederum auf die sozialen Zustände, auf die Lebenshaltung und Gestaltung rückwirken müßte. Es ergäbe sich dann zwischen diesen beiden Faktoren zweifellos eine weit stärkere Wechselbeziehung als bisher. Gibt es doch heute eine ganze Anzahl von Geistesrichtungen, bei denen man diese Wechselbeziehungen überhaupt nicht oder wenigstens nicht im guten Sinne feststellen kann, gleichwie es eine Kunst gibt, die wohl den Charaktereigenschaften degenerierter Dekadenten entsprechen mag, die jedoch ihrer exzentrischen Stellung wegen auf keiner gesunden Naturanschauung fußen kann. Zugegeben, daß der höchste Gipfel einer der Zeit voranschreitenden künstlerisch- oder geistig-subjektiven Gedankenverfassung nur im Verständnis- und Gefühlsbereich weniger Disponierter liegt; allein der elementare Unterschied zwischen Auswüchsen und den ersten, wahren und des natürlichen Grundes nicht entbehrenden Geistesrichtungen besteht darin, daß sich jene leeren Hirngespinnste nur kurze Zeit zu halten vermögen, während letztere mit der Menschheitsentwicklung in Zusammenhang und Beziehung stehen. Nur dadurch können sie Menschheits- und Ewigkeitswert erlangen.

Daraus erklärt sich die Wahrheit, daß die Bedeutung einer Weltanschauung, sei es in Kunst, Ethik oder Moral, darnach zu beurteilen ist, welchen Wert sie für die allgemeine Menschheitsentwicklung, also auch für den Sozialfortschritt hat, ob sie fördernd oder hemmend darauf einwirkt. Und grade dieses Moment scheint mir bei einem engeren Verhältnis zwischen einer besseren sozialen Grundlage und der darauf entwichenen Geistesrichtungen von erhöhter Wirkung zu sein. Doch das ist nicht allein von diesem idealen Gesichtspunkte aus von besonderer Bedeutung, sondern auch schon darum, weil im künftigen Sozialreife jeder gesunde Mensch an den Geistesrichtungen und der Bildung sowie daran teilnehmen kann, dem **Menschengeist** neue Energie zuzuführen. Wiederum werden sodann die Geistesrichtungen, wie sie aus der wahren Wertquelle sozialen Wirtschaftslebens erstehen und aus der Volkskraft Nahrung ziehen, rückwirkend zum guten für Staat und Gesellschaft sein. Jede Lebens- und Betätigungsart wird so das kennbare Merkmal des organischen Zusammenhanges mit den Geistesrichtungen zeigen und selbst höhere Formgestaltung und Geistigkeit fragen.

Der Kern dieser Ausführungen gipfelt in der Klarlegung der Notwendigkeit, das Interesse jedes einzelnen — nicht nur in Wahlzeiten — gegenüber diesen Fragen stetig wachzuhalten. Indem wir in real-idealem Sinne am Werke der sozial-geistigen Arbeit bauen helfen und stets eine Stufe höher zur wahren Menschheitskultur, Gesittung und Vollkommenheit streben, wird unser Leben selbst fruchtbarer und vollkommener sein.

Adolf Blum.

## Adressen-Änderungen.

3. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftserteiler (siehe Graph. Presse Nr. 3a, 6 und 9).  
**Cassel:** Wilh. Menge, Kaufungsstr. 14.  
**Frankfurt a. M.-Lithogr., Steindr.:** Aug. Beyer, Egenloffstr. 30 II.  
**Gleiwitz i. O.-Schl.:** Gottfr. Stangl, Neuweltstr. 33 II.  
**Hannover-Formstemer:** Josef Fischer, Hannover-Linden, Charlottenstr. 24.  
**Höxter i. Westf.:** Rud. Keunede, Brenkhäuserstraße 25.  
**Karlsruhe i. Bad.:** Georg Teichert, Philippstr. 1 IV.  
**Kempfen, Rhld.:** Jak. Pasch, Kuhstr. 30.  
**Leipzig - Lithdr.:** Ludw. Salomon, Gautzsch bei Leipzig, Weberstr. 216.  
**Meißen i. Sachs.:** Felix Stankiewicz, vom 1. April ab: Meißen i. Sachs.-Zschelia, Fürstenstr. 2.  
**Potsdam:** Herm. Hetzel, Nowawes bei Potsdam, Priesterstr. 57.

### Preß-Kommission:

Max Goldhagen, Vorsitzender, Leipzig, Oetzsch, Hauptstr. 43 III.

**Zentral-Arbeitsnachweis der Lithdrucker:** Hermann Schaem, Neukölln b. Berlin, Erlangerstr. 4.

### Belgien:

**Lithogr. und Steindr.:** Association Imprimeurs Lithographes  
 Brüssel, Maison du Peuple, Rue Joseph Stevens.



## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Die Presse über den Abschluß unserer Bewegung.

III.

Im Gegensatz zu der immerhin objektiven Stellungnahme der in der vorigen Nummer genannten Fachblätter haben sich verschiedene andere Organe, die sich gern zur »neutralen Fachpresse« gezählt sehen möchten, darin gefallen, in ihren Abschlußartikeln der Gehilfenschaft gehörig eins am Zeuge zu flicken. Längst widerlegte Behauptungen und abgetane Lädenhüter wurden dabei hervorgesucht, um die Gehilfenschaft in's Unrecht zu setzen und die Unternehmer in glänzendstem Glorienscheine erstrahlen zu lassen.

So bemüht sich z. B. die »Papierzeitung« in ihrer Nr. 10 krampfhaft um den Nachweis, unter welchen vorzüglichen Verhältnissen die Gehilfenschaft vor dem Kampf gearbeitet habe, um dadurch zu »beweisen«, daß gar keine Veranlassung zum Eintreten für eine Verbesserung der Lage vorlag und der Kampf frivol vom Zaune gebrochen sei. Es hieß »ollen Kamellen« noch einer Widerlegung würdigen wollten. Unsere Kollegen haben durch ihre einmütigen Beschlüsse vor Beginn des Kampfes bewiesen, daß sie über ihre Lage und die Notwendigkeit der Aufbesserung ihrer Verhältnisse anderer Meinung sind als das sogenannte »neutrale« Blatt. Im übrigen betont dieses, daß die »wohlvorbereitete und gutgeleitete Bewegung der Lithographen und Steindrucker« durch einen Frieden beendet worden sei, »der beiden Teilen gerecht wird«, und es wünscht, »daß der nunmehr abgeschlossene Friede dauernd sein und nicht durch ungeduldige Machtgelüste, sei es von Arbeitgeber«, sei es von Arbeitnehmerseite aus, zum Schaden des Gewerbes gestört werden möge. »Diese Mahnung mögen sich hauptsächlich die zahlreichen Unternehmer hinter die Ohren schreiben, die durch willkürliche Auslegungen und offensichtliche Brüche der Vereinbarungen schon wieder an der Ansammlung neuen Zündstoffes arbeiten, worin sie seit 1906 großes geleistet haben. Wer neue Explosionen vermeiden will, der halte sich dieser frivolen Ansammlung von Zündstoff durch die kleinlichste Nadelstichpolitik fern. Die Behauptung der »Papierzeitung«, daß die beim Abschluß des Kampfes von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse der Gehilfenschaft schon vor Beginn des Kampfes angeboten worden seien, wird durch das im heutigen Leitartikel veröffentlichte Tatsachenmaterial gründlich ad absurdum geführt.

Die »neutrale« »Neue Deutsche Papierzeitung: Die Postkarte« setzt ihrer ganzen während der Bewegung bewiesenen Gehässigkeit gegen die Gehilfenorganisation in ihrem Abschlußartikel die Krone auf, indem sie mit einem neuen Schwall von Worten die Kollegen gegen ihre gewählten Vertrauenspersonen aufzuputzen versucht. Nachdem sie nach Herzenslust mit riesigen Verlustziffern jonglierte, für die ihr alle Unterlagen fehlen, verkündet sie zum Schluß mit merkbarer Freude und Genugtuung:

»Und der Gewinn aus diesem Einsatz! Nach 18 Wochen. Täglich 5 Minuten Arbeitszeit. Also halb soviel wie die bekannte Ankleidezeit zu betragen pflegt. Und dazu die Genugtuung, daß die bestehenden Ungleichheiten ohne den Spezialsegen der Gehilfenleitung um Gottes willen nicht beseitigt werden dürfen. Auch einige Mark Zulage für die eben ausstehenden Schwachen. Endlich noch neben einer geringen Verminderung der Lehrlingshaltung eine fakultative Teuerungszulage in den Lohnklassen bis zu 5 Mk. über den Minmallohn. Bei staubiger Bronzierarbeit 50 Pfg. extra für den Tag. Man sieht, das Kind soll einen Namen haben, es sollen, wie man sagte, keine Sieger und keine Besiegten sein.«

Wir sind weit davon entfernt, den Abschluß zu überschätzen. Aber auch in diesem Falle sei den häßlichen Ausführungen der »Postkarte« das objektive Tatsachenmaterial des heutigen Leitartikels gegenübergestellt. Nebenbei wollen wir noch bemerken, daß das Blättchen zu der vernichtenden Kennzeichnung seines wahren Charakters, die wir in Nr. 55 des vorigen Jahrgangs der Gr. Pr. gaben, noch kein Wort der Erwidierung gefunden hat. Dafür rächt es sich für jene derbe Züchtigung durch die wütendste Bekämpfung der Gehilfenorganisation und ihrer Leiter, die jedem Scharfmacherblatte alle Ehre machen würde. Es ist zu unbedeutend, als daß wir es bei diesem löblichen Beginnen ernstlich zu stören brauchten.

In demselben Rahmen wie die Ausführungen der »Papierzeitung« und der Jährischen »Postkarte« bewegt sich das Urteil des »Zeitungsverlag«, der in seiner Nr. 5 schreibt:

»Die Bewegung hat mit einer Niederlage der Arbeitnehmer geendet. Volle 4 Monate hat der Kampf, der nicht nur den Gehilfen, sondern auch den Prinzipalen schwere Opfer auferlegt hat, gedauert, und sein Ergebnis ist, daß das, was die Prinzipale von Anfang an ohne Kampf zu gewähren bereit waren, jetzt den Gehilfen zugestanden worden ist.«

Auch zu diesen Ausführungen sei auf den heutigen Leitartikel verwiesen. Im übrigen wollen wir die »neutralen« Fachblätter nicht weiter in der Freude stören, die ihnen die Annahme bereitet, daß die Bewegung mit einer Niederlage der Arbeiter geendet habe. Die Unternehmer selbst dürften diese Annahme schwerlich teilen. Wir wollen nur daran erinnern, daß der große Kampf der Buchdrucker vor 20 Jahren tatsächlich mit einer Niederlage der Arbeiter geendet hat. Sie wirkte aber so fördernd für die bessere Einsicht der »stiegreichen« Unternehmer, daß sie für das Gewerbe und seine Gehilfenschaft von heilsamster Wirkung gewesen ist. Wenn unsere »Niederlage« im Laufe der Zeit ebenso wirken sollte wie die der Buchdrucker vor 20 Jahren, werden wir sie mit Würde zu tragen wissen.

Das sei auch zu den Ausführungen der »Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker«, (Organ der organisierten Buchdruckereibesitzer) gesagt, die immer noch nicht verstehen will, daß die Steindruckerunternehmer genau so wie die Buchdruckerunternehmer vor 20 Jahren erst durch Gewaltkuren zu einer besseren Einsicht und zu einer vernünftigeren Auffassung über das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern gebracht werden müssen. Sonst könnte das Blatt im Anschluß an die schon aus der »neutralen« Fachpresse bekannten Argumente und Versuche zur Aufputschung der Gehilfen gegen ihre Vertreter — die, da sie von der Unternehmerpresse unternommen werden, nur beweisen, daß die Gehilfenvertreter die Interessen ihrer Auftraggeber richtig vertreten — nicht schreiben:

»Über die den Steindruckerprinzipalen und dem Steindruckgewerbe aus der Halsstarrigkeit und Eitelkeit der Gehilfenführer erwachsenen Verluste wollen wir nicht viele Worte verlieren, denn diese begreift ein jeder Arbeiter und namentlich ein jeder, der einigermaßen einen Einblick in die besonderen Verhältnisse des Steindruckgewerbes hat, ganz von selber. Wir wollen nur bemerken, daß diese Verluste mindestens das Drei- bis Vierfache des Verlustes der Gehilfen betragen dürften. Vieles davon läßt sich überhaupt nicht wieder einbringen, und den Ausgleich für das andere zu schaffen, wird großer Anstrengungen und langer Zeit bedürfen.«

Die nach diesen Ausführungen einzig mögliche Schlußfolgerung, daß die Unternehmer durch ein vernünftiges Einlenken klüger getan und die schweren Schädigungen vermieden hätten und bedeutend billiger weggekommen wären wie bei der von ihnen inszenierten Machtprobe, sieht die »Zeitschrift« nicht; das ist von einem Unternehmerblatt auch nicht zu erwarten. Dafür macht sie den Gehilfenvertretern den weiteren Vorwurf, daß sie den Vereinbarungen nicht eine festere und bindende Gestalt gegeben haben, ein Vorwurf, den sie an die falsche Adresse gerichtet hat, wie schon

aus dem Schluß unseres zweiten Artikels über die Preßstimmen und aus der Bekanntmachung am Kopfe der heutigen Nummer zu ersehen ist.

Das »Deutsche Steindruckgewerbe« des Schutzverbandes der Steindruckerunternehmer hat sich auch jetzt noch nicht zu dem von der »Zeitschrift« propagierten Standpunkt durchgerungen. Es erwartet ein gedeihliches Nebeneinanderarbeiten der Unternehmer- und der Gehilfenorganisationen vorläufig noch von dem zur Schlichtung von Streitigkeiten in § 12 der Vereinbarungen vorgesehenen Instanzenzuge. Im übrigen schreibt es in seiner Nr. 4 zu dem Friedensschluß u. a.:

»Der Kampf, der sich im Steindruckgewerbe abgespielt hat, ist in unserer Ära der sozialen Kämpfe keine alltägliche Erscheinung, sondern man kann sagen, daß zwei gutgerüstete Kämpfer in die Arena des sozialen Kampfes hinabstiegen und ihre Kräfte maßen. Wir wollen mit Zuversicht in die Zukunft blicken und vor allem hoffen, daß die getroffenen Vereinbarungen die Basis für einen langen Frieden und für eine Verständigung beider Teile bilden werden. Ein Kampf, wie ihn das Steindruckgewerbe noch nicht gesehen hat, ist nunmehr zu Ende, und hoffentlich kehrt der Friede in der Weise ein, wie ihn auch die Gegenseite in den Verhandlungen zu halten versprochen hat. An den Prinzipalen soll es nicht gelegen sein, die Ruhe im Gewerbe zu halten. Der Schutzverband wird unter allen Umständen dafür eintreten, daß die getroffenen Vereinbarungen auch gehalten werden, und ein Gleiches erwarten wir auch von der Gegenseite. Die bisherige stetige Beunruhigungspolitik muß aufhören, das liegt im Interesse der Existenzmöglichkeiten des Steindruckgewerbes. Die Gehilfenvertreter sollten dafür sorgen, daß sie den Ast nicht absägen, auf welchem sie und ihre Schutzbefohlenen mitsitzen. Die ganze soziale Bewegung ist infolge des schroffen Kampfstandpunktes der freien Gewerkschaften an einem Punkte angelangt, wo es sich um Sein oder Nichtsein handelt. Strafe Zentralisation und stete Wachsamkeit auf der einen und unbedingte Vertragstreue auf der anderen Seite gegenüber den eigenen Mitgliedern und der Gegenpartei wird auch in Zukunft die Devise des Schutzverbandes sein.«

Mit der Devise kann man wohl einverstanden sein, wenn sie nur auch befolgt würde. Aber in dieser Beziehung sieht es beim Schutzverbande äußerst windig aus, wie die Beschwerden aus fast allen Städten über Brüche der Vereinbarungen in allen Punkten durch Schutzverbandsmitglieder und die Behandlung der Beschwerden durch die Schutzverbandszentrale beweisen. Wir werden, wenn der Devise nicht ernstlich nachgelebt wird, demnächst mit Belegen in Hülle und Fülle für unsere Behauptung dienen. Heute sei nur betont, daß der Schutzverband, wenn er wirklich einen langen Frieden und eine friedliche Verständigung beider Teile anstreben und das Vertrauen in seine Vertragstreue und Vertragsfähigkeit nicht vollständig erschüttern will, die von ihm beliebte Praxis der Auslegung und Anwendung der Vereinbarungen unter allen Umständen aufgeben muß.

### Nach dem Kampfe.

Stimmen aus unsern Leserkreisen.

III.

#### An die jungen Kollegen!

Der verlorene Kampf im Gewerbe wird zu den verschiedenartigsten Erörterungen Anlaß geben. Die Verwaltungen und Mitglieder werden ihre Lehren gezogen haben und in der Folgezeit anzuwenden wissen. Nicht ohne nachhaltigen Eindruck wird die Bewegung an der Gehilfenschaft — ob beteiligt oder nicht — vorübergegangen sein. Das haben ja die Veröffentlichungen der letzten Zeit bewiesen; das hat vor allem das entschlossene Ausharren der Kämpfenden bezeugt. Mancher wird diese Entschlossenheit in unserer Kollegschaft nicht erwartet haben. Und tatsächlich berechtigte die Teilnahme am Verbandsleben vor dem Kampfe zu dieser Annahme. Wie war es doch mandmal schwer, eine nur einigermaßen besuchte Versammlung zustande zu bringen, wie mühten sich oft die Verwaltungen vergeblich, die Versammlung »interessant« zu machen.

Diesem Zustand machte das Einsetzen der Bewegung ein Ende. Wie Sturmwind, der Gewitterwolken mit sich treibt, gings durch die Kollegschaft. Auf einmal waren die Versammlungen nicht nur gefüllt, sondern überfüllt. Da kam es einem erst recht zum Bewußtsein, wie groß die Schar der Anhänger ist. Und wie sie alle erwartungsvoll dem lauschten, was zum Ausdruck kam! Mit welcher Einmütigkeit sie ihre Beschlüsse

laßten! Wer da ein Herz, ein edles Proletarierherz in der Brust hatte, mußte es dem in solcher Stunde nicht rascher schlagen? Da mußte auch den Laesten klar werden, daß es sich hier, nicht um Nebensächliches handelt, sondern um ihre ureigensten Interessen. Die Späher aber von drüben konnten sich bei ehrlicher Gesinnung nur sagen: Das ist kein mutwilliges, abwechslungssüchtiges Vorhaben, sondern eine einmütige, von eiserner Notwendigkeit getragene Tat.

Das ist nun vorbei. Die Kämpfer wenden sich wieder der friedlichen Betätigung zu. Allmählig glätten sich die Wogen der Erregung und bald wird der Solnhofener Stein wieder von kunstbesseren Händen geschabt und gequetscht werden. Vielleicht findet mancher Gefallen am Tagesprogramm: Arbeiten, Essen, Trinken, Schlafen und einiges drum und dran. Es könnte sich auch das Wort Goethe's erfüllen:

Des Menschen Tätigkeit kann allzuleicht erschaffen, Er liebt sich bald die unbedingte Ruh'

Das wäre das Schlimmste, was sich einer von uns antun könnte. Am schlimmsten aber wäre es für einen jungen Kollegen. Mander glaubt, wenn er tagsüber seine Arbeit verrichte und sich nebenher beruflich etwas vervollkomme, dann habe er seine Schuldigkeit getan. Leider denken viele so. Doch auf unsere Verhältnisse trifft dies nicht mehr zu. Heute heißt es, sich um Dinge kümmern, die oftmals nicht im Bereiche des Berufs liegen.

Das Wichtigste muß uns die Teilnahme am Verbandsleben sein. Wir jungen Kollegen haben es ja besonders nötig, uns gewerkschaftlich zu schulen. Wir werden dabei gut geleitet. Unsere Fachpresse unterrichtet uns genügend über wissenschaftliche Dinge. Ja, wenn sie gelesen würde! Leider ist das Papier geduldig, nicht nur während, sondern auch nach dem Drucken. Wenn mancher an Stelle einer beliebigen Schwarte, die heute gedruckt und morgen vergessen ist, seine Presse lesen würde, wäre es schon um etwas besser. Man kann nämlich nie zu geschickt sein. Wenn mancher, statt in den »Klub« oder sonstwohin zu gehen, seine Versammlung besuchte. Denn in beiden: Presse und Organisation werden ja unsere Interessen vertreten. Wie kann man das nicht beachten wollen! Weil man keine Zeit hat? Ausrede!

Ja, aber warum gerade wir Jungen? — Nun, die Vorgänge haben gezeigt, daß auch wir die Augen offen halten müssen. Was bot man denn für Mindestlöhne? Ei, wie rührend ist doch die Sorge unserer Unternehmer um unser stilles Wohlergehen: Man darf den jungen Gehilfen nicht so viel Lohn zahlen, um sie vor Verschwendung zu bewahren. Man möge doch diese »erzieherische« Methode einmal an eigenen Nachwuchs erproben! Kostet denn unsere Ausbildung, die wir nach dem Auslernen nebenher betreiben müssen, nicht Geld? Geld, das wir uns selber verdienen müssen? Die Sonntagskinder, die sich auf Vaters Geldbeutel verlassen können, sind wohl zu zählen. Werden denn nicht hohe Anforderungen an unser berufliches Können gestellt? Wenn wir diesem nicht genügen, dann kommt sicher der schöne Vorwurf: »Hätten Sie in Ihrer Lehre besser aufgepaßt!« Das sagen die Leute, die den Lehrling als Ausbeutungsobjekt betrachten, ihn mit außerberuflichen Verrichtungen überlasten, die sich verzweifelt sträuben, die Lehrlingskala den Bedürfnissen des Berufs anzupassen! Kollegen, wir wollen das nicht vergessen, was man uns in der Lehrzeit angetan hat! Schließlich, um beim Mindestlohn zu bleiben: müssen wir nicht bestrebt sein, etwas auf die »hohe Kante« zu legen? Denn kaum haben wir uns in die Gehilfenwürde gefunden, da tritt ein anderer Störenfried und Spielverderber in unser Leben und ist bereit, uns für 22 Pfennig pro Tag zwei oder drei Jahre liebevoll in seine starken Arme zu schließen! Wenn wir dann den bunten Rock mit mehr oder weniger Stolz tragen, müssen wir zusetzen. Die Köchinnen-, Wurst- und Schinkenpoesie hat nichts mit dem realen Leben zu schaffen; sie ist etwas für Witzblätter.

Das sind gewiß für uns wichtige Dinge. So ließen sich noch viele Beispiele aufzählen. Mag man diese Tätigkeit in der Schutzverbandsprache als »aufhetzend«, »die jungen Gemüter vergiftend« oder als »ein Verbrechen an unserer Jugend« bezeichnen, wir wissen es treffender zu benennen: **Aufklärung über die bestehenden tatsächlichen Verhältnisse!** Eins wollen wir aber festhalten: Jederzeit am Verbandsleben teilzunehmen! Das Zuhausebleiben, das Schimpfen auf den Verband und murrende Kleben der Marken hat keinen Zweck. Das wollen wir uns gar nicht angewöhnen. Wer sich bemühte, die große Idee des Zusammenschlusses zu erfassen, wird nicht von solchen Schwächen befallen.

Wir Jungen wollen von den Alten lernen! Vorbildlich sollen uns ihre Überzeugung und ihr Opfermut sein! Es war eine harte Arbeit, die Organisation auf- und auszubauen und sie vor der Zerstörungswut der Gegner zu schützen. Mander ist dabei ergraut und sieht sein Hoffen unerfüllt. Da muß er mit Vertrauen auf den Nachwuchs blicken können. Es ist gewiß nicht zuviel gesagt, daß an uns einmal noch größere Aufgaben als bisher gestellt werden. Darum heißt es erst recht: Nutzt die Zeit! Darum wollen wir auch den Alten eins nicht nachmachen: ihre Fehler! Man mag früher Ge-

fallen daran gefunden haben, seinen Doppelkopp zu dreschen, beim schäumenden Gerstensaft seine Sorgen und oftmals Pflichten zu vergessen, so brauchen wir diese Gewohnheiten nicht auf uns zu übertragen. Die Organisation muß uns wichtiger sein als Stammtisch, Schalkopp-, Kegel-, Fußball- oder sonstige Klubs, die ein moderner Arbeiter Klimbim nennt! Wenn wir die Organisation als ein Stück des eignen Ichs betrachten, dann liegt uns ihr Wohl und Wehe am Herzen, dann sind wir pflichtgetreu. Dabei brauchen wir unsere Zerstreuung keineswegs zu vernachlässigen! Kaufen wir uns für die Klubbeiträge einen Rucksack und pilgern wir dort hinaus, wo wir frei aufatmen können. Das bekommt uns besser als Kneipenluft!

Doch unsere Zeit verlangt noch mehr von uns. Wir können uns nicht zumtunmäßig abschließen. Haben wir die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, die in der Hauptsache unsere materiellen Interessen wahr, erkannt, dann ist nur noch ein Schritt, uns der politischen Organisation anzuschließen und einzutreten für die Hebung des gesamten Proletariats, der arbeitenden Menschheit. Und diesen Schritt sollte ein jeder von uns tun. Wir haben ja in Deutschland mit dem vollendeten 18. Jahre die Möglichkeit. Wir brauchen uns nicht zu schämen, dann *Genossen* zu heißen. Ja, stolz sollten wir darauf sein! Stehen wir denn allein? Wir haben ja das Bewußtsein, Mitträger einer Idee zu sein, der Millionen in Unterdrückung zu jubeln! Und das soll uns anspornen, zurückzugehen auf das, was einst war, um dann die Zusammenhänge unserer wirtschaftlichen und politischen Zustände kennen zu lernen. Lassen wir uns das angelegen sein, so erweitern wir unsern Blick und schaffen uns das unerlässlichste für einen Proletarier: Das Klassenbewußtsein!

Jung gewohnt, alt getan. Veredeln wir den Baum am grünen Holz, am dünnen Iste ein nutzloses Beginnen. Nur einmal sind wir jung. Das einzige Vorrecht der Jugend, die Frische des Geistes, wollen wir nutzen. Zugreifen soll ein jeder, wenn er dazu bestimmt wird, um den einzelnen nicht unter der Last zusammenbrechen zu lassen. Die Jugend, die an allen großen Freiheitskämpfen teilgenommen, darf nicht am größten, den die Welt je gesehen, tatenlos beiseite stehen. Nicht nur mit dem Hirn, mit dem Herzen wollen wir mitkämpfen, Begeisterung, auf klare Erkenntnis gegründet, muß uns erfüllen. So geben wir unserm Leben ein Ziel. Gradus geht der Weg. Die Alten, die von uns müssen, wissen dann ihre Waffen in guten Händen. Jetzt ist Frieden. Wenn aber wieder die Sturmglocken läuten, dann wollen auch wir unser Erbe und unsere Ehre wahren.

O. S., Leipzig.

## Ortsberichte.

**Brandenburg a. H.** In unserer Monatsversammlung am 6. März referierte Kollege Czech-Berlin über den Abschluß der Aussperrung. In ausführlichster Weise beleuchtete er die verschiedenen Phasen des Kampfes, des zähen Opfermutes der direkt Beteiligten gedenkend, sowie die große Enttäuschung erwähnend, die das Ergebnis allerseits auslöste. Die Erkenntnis, daß uns ein noch länger währender Kampf vielleicht einige Zugeständnisse mehr auf dem Papiere gebracht hätte, auf der anderen Seite aber infolge ausbleiben der Leipziger Meßgeschäfte eine ungeheure Arbeitslosigkeit unvermeidlich gewesen wäre, habe zu dem Abschluß gedrängt. Die Rücksicht auf unser Gewerbe sei hauptsächlich mitbestimmend gewesen. In teilweise wenig erfreulicher Form machten Diskussionsredner u. a. geltend, daß die Bewegung bereits im Mai eingesetzt haben müßte, daß diese früher schon hätte abgebrochen werden müssen, ferner wären die einer Niederlage gleichen Vereinbarungen besser auf bestimmte Zeit abgeschlossen worden. Kollege Czech erwiderte ausführlich und betonte, daß Hauptvorstand, Gau- und Streikleiter trotz mancher Meinungsverschiedenheit stets einstimmige Beschlüsse gefaßt hätten. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der die Versammlung mit Bedauern erklärt, sich mit den getroffenen Vereinbarungen abzufinden.

**Frankfurt a. O.** In unserer am 2. März abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung referierte Kollege Czech über den Abschluß unserer Bewegung. Er gab in jeden einzelnen Punkt der Verhandlung klaren Einblick. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß sich die Kollegen mit den Ausführungen vollständig einverstanden erklärten und den Abschluß mit dem Erreichten zu würdigen wußten; sie erkannten jedoch auch an, daß das Erreichte weit nicht das ist, was die Kollegenschaft erwartete und was an Opfern gebracht wurde. Sie sprachen dem Hauptvorstand, der Verhandlungskommission wie auch den kämpfenden Kollegen ihre volle Anerkennung aus. Dem Treiben aber der Frankfurter gelben Auckkollegen soll ein Paroli entgegen gesetzt werden, daß ihnen die Schamröte ins Gesicht steigen muß.

**Potsdam.** In der Firma H. Laß wurde die Arbeitszeit um 3 Stunden wöchentlich verkürzt.

## Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

## Eine Fessel für die graphischen Zeichner.

Durch ein Versehen des Metteurs kam in voriger Nummer statt des I. der II. Teil dieses Artikels zum Abdruck. Diese Umstellung wird aber die Verständlichkeit des ganzen Artikels nicht beeinträchtigen. D. R.

Für jeden Kenner unsers Berufslebens ist es klar, daß eine lange Kündigungsfrist im Arbeitsverhältnis mehr dem Unternehmer als dem Arbeiter zum Nutzen ist. Für den Arbeiter ist sie in der Regel nur eine unerträgliche Fessel.

Wohl schützt die lange Kündigungsfrist den Arbeiter davor, daß er zu plötzlich von einer Arbeitslosigkeit betroffen wird. Dieser Schutz ist aber auch der einzige Vorteil, den sie ihm bietet. Sonst bringt sie dem Arbeiter nur Nachteile, und diese können durch diesen einzigen Vorteil lange nicht aufgewogen werden.

Vor Arbeitslosigkeit selbst hat sich noch kein Arbeiter durch Eingehung einer langen Kündigungsfrist bewahren können. Jene Leichtgläubigen, die da meinen, daß sie sich durch eine solche Vereinbarung dauernd eine Stellung sichern könnten, müssen fast immer schlimme Enttäuschungen erleben.

Jedenfalls steht das heute fest, daß eine lange Kündigungszeit dem Arbeiter in der gewerkschaftlichen Aktion sehr hinderlich ist. Gar viele Arbeiter haben diese böse Erfahrung schon gemacht!

Den Unternehmern ist es bei der Vereinbarung langfristiger Arbeitsverträge hauptsächlich darum zu tun, sich die Gewähr zu verschaffen, daß sie durch eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch die Arbeiter nicht in eine Verlegenheit geraten; sie wollen die Möglichkeit haben, sich in solchen Fällen rechtzeitig mit Ersatzkräften zu versehen.

Der Unternehmer wird auch immer nur tüchtige und qualifizierte Arbeiter durch die Festlegung einer langen Kündigungszeit an sich zu fesseln suchen; mit unqualifizierten Arbeitern, die er jederzeit genügend haben kann, wird er wohl selten eine solche Vereinbarung eingehen. Aber gerade der tüchtige Arbeiter hat am wenigsten einen Grund, sich vom Unternehmer durch einen langfristigen Arbeitsvertrag binden zu lassen. Der tüchtige Arbeiter, nach dem zu allen Zeiten am größten die Nachfrage ist, hat es gar nicht nötig, sich durch die Eingehung einer langen Kündigungsfrist vor einer zu plötzlichen Auflösung des Arbeitsvertrages zu sichern. Seine Tüchtigkeit und Brauchbarkeit schützt ihn zumeist schon vor dieser Unannehmlichkeit. Der Unternehmer würde ihn ja auch gar nicht an sich zu fesseln suchen, wenn er nicht wüßte, daß er ihn immer sehr nötig hätte.

Der Schutz vor einem plötzlichen Eintritt einer Arbeitslosigkeit, der einzige Vorteil, den sie ihm bringen könnte, kann also die lange Kündigungszeit dem tüchtigen Arbeiter nicht begehrenswert machen; für diesen hat sie eben nur Nachteile.

Vor allen Dingen wird es dem tüchtigen Arbeiter durch eine lange Kündigungszeit erschwert, eine für ihn günstige Lage des Arbeitsmarktes auszunutzen und durch einen Stellungswechsel sein Einkommen zu steigern. Viele Arbeiter, die ihre Lage zu verbessern suchen und denen ein Stellenwechsel schnell möglich ist, kündigen ihr altes Arbeitsverhältnis erst dann, wenn sie einen andern, einträglicheren Arbeitsplatz gefunden haben. Diese wisse Vorsicht kann aber in der Regel der an eine lange Kündigungsfrist gebundene Arbeiter nicht walten lassen, weil eine solche lange Hinausschiebung des Tags des Eintritts in das neue Arbeitsverhältnis, wie sie durch die Einhaltung der langen Kündigungszeit nötig wird, in den meisten Fällen eben nicht möglich ist. Darum muß der an einen langfristigen Arbeitsvertrag gebundene Arbeiter, der seinen Lohn steigern will, erst seinen Arbeitsvertrag kündigen und dann auf gut Glück versuchen, eine bessere Stelle zu erhalten. Gerade darum, um einen tüchtigen Arbeiter in seiner Bewegungsfreiheit zu lähmen, sucht ja der Unternehmer mit solchem einen langfristigen Arbeitsvertrag abzuschließen. Mit weniger tüchtigen Arbeitern, an deren Fesselung er, wie gesagt, kein besonderes Interesse hat, wird er dagegen nur in Ausnahmefällen eine derartige Vereinbarung eingehen.

Daß die Bindung der Arbeiter an einem langfristigen Arbeitsvertrag stets nur dem Unternehmer zum Vorteile ist, das beweist auch untrüglich der § 133 der Gewerbeordnung. Dort verpflichtet man

die Arbeitergruppen, die die meisten Unternehmer für einen ruhigen und geordneten Fortgang ihrer Betriebe am wenigsten entbehren können, direkt gesetzlich auf eine längere Kündigungszeit. Die Gewerbeordnung schreibt vor: »Das Dienstverhältnis der von Gewerbeunternehmern gegen feste Bezüge beschäftigten Personen, welche nicht lediglich vorübergehend mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebs oder einer Abteilung desselben beauftragt (Betriebsbeamte, Werkmeister und ähnliche Angestellte) oder mit höheren technischen Dienstleistungen betraut sind (Maschinen-techniker, Bautechniker, Chemiker, Zeichner und dergleichen), kann, wenn nichts anderes verabredet ist, von jedem Teile vor Ablauf jedes Kalender- vierteljahres nach sechs Wochen vorher erklärter Aufkündigung aufgehoben werden. Wird durch Vertrag eine kürzere oder längere Kündigungsfrist bedungen, so muß sie für beide Teile gleich sein; sie darf nicht weniger als einen Monat betragen. Die Kündigung kann nur für den Schluß eines Kalendermonats zugelassen werden. Eine Vereinbarung, die diesen Vorschriften zuwiderläuft, ist nichtig.«

Nun gibt es Arbeiter, die glauben, diese Bestimmung der Gewerbeordnung habe der Gesetzgeber zum Wohle der Arbeiter getroffen. Diese guten Leute irren sich! Daß sie nur ein Schutz für die Unternehmer sein soll, geht schon deutlich daraus hervor, daß von ihr nur solche Arbeiter berührt werden, die als Leiter der Produktion oder wegen ihrer sonstigen wichtigen Funktion am schwersten in einem Gewerbebetriebe zu entbehren sind und die darum durch ihr Fehlen, falls dieses dem Unternehmer nicht genügend vorbereitet trifft, schon allein manden Betrieb völlig zum Stocken bringen können. Darum nur, um den Unternehmer vor einer solchen ihm gefährlichen Möglichkeit zu schützen, hat der Gesetzgeber diese Bestimmung der Gewerbeordnung erlassen. Sie soll diesen bezeichneten wichtigen Funktionären in der Gütererzeugung die gewerkschaftliche Aktion unterbinden.

Dem Unternehmertum genügt aber dieser ihm gesetzlich gewährte Schutz noch nicht. Es sucht, wie wir auch in unserm Gewerbe sehen, auch viele von den Arbeitern auf eine lange Kündigungsfrist zu verpflichten, die dieser Bestimmung der Gewerbeordnung nicht unterstehen. Das tut es bei tüchtigen Arbeitern, um möglichst lange von diesen einen besonders geschäftlichen Nutzen zu haben, und bei mindertüchtigen, um diese als Rauselßer an sich zu fesseln, und um die gewerkschaftliche Aktionskraft der dem § 133 der Gewerbeordnung nicht unterstellten Arbeitermassen zu lähmen.

Gegen dieses Vorgehen unsrer Unternehmer hat unser Verband natürlich immer energisch angekämpft. Ein Ergebnis dieses Kampfes ist ja auch die jetzt mit dem Schutzverbände getroffene Vereinbarung über die Kündigungsfrist.

Auf diesem Gebiete haben wir aber jetzt noch mit einer neuen Gefahr zu rechnen, mit einer Gefahr, die hauptsächlich die graphischen Zeichner bedroht. Die gewerkschaftliche Stoßkraft dieser Spezialgruppe unsers Gewerbes sucht man neuerdings dadurch so gut wie ganz aufzuheben, daß man den Zeichnern durch ein gerichtliches Vorgehen gewaltsam die Fesseln der oben angeführten Bestimmung der G.-O. anlegen will. Eine große Leipziger Firma hat mit einem derartigen Beginnen während unsers abgeschlossenen großen Kampfes leider schon Glück gehabt. Da diese Angelegenheit für die graphischen Zeichner, wie man aus diesen Ausführungen entnehmen wird, von einer weittragenden Bedeutung ist, wollen wir im folgenden Artikel diese Prozeßaktion jener Firmen näher schildern. Unsere Zeichnerkollegen werden sich dann mit dem Ausgang dieses Rechtsstreites noch weiter beschäftigen müssen!

## Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

### Die Arbeitsverhältnisse an den Rotationsmaschinen.

In der nunmehr 2 bis 3 Jahre zurückliegenden Debatte der Einberufung einer Steindruckerkonferenz trat als wichtigstes Argument der Hinweis auf die Einführung der Rotationsmaschine im Steindruck und ihren Einfluß auf die wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnisse der Steindrucker auf. Und auch bei den Erörterungen auf der Konferenz stand die neue Schnelldruckmaschine in dem Vordergrund der Ausführungen. Mit voller Berechtigung. Nicht etwa deswegen, weil man in dem sich mehrenden Aufstellen der neuen Maschine eine Minderung der

Arbeitsgelegenheit sah, wohl aber, weil die Rotationsmaschine höhere Anforderungen an den sie bedienenden Maschinenmeister stellte und vor allem dem Unternehmer einen höheren Profit einbrachte, ohne daß sich zugleich eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse für die Kollegen, die an diesen Maschinen arbeiteten, beobachtet ließ. Das waren damals die leitenden Gedanken. So war es denn auch ganz selbstverständlich, daß die Konferenz Positionen nannte, die als das Minimum der Bedingungen angesehen wurden, zu denen ein Steindrucker an der Rotationsmaschine arbeiten sollte, um zu verhindern, daß der Abstand zwischen Unternehmergewinn und Arbeitslohn im Steindruckgewerbe noch größer werde, wie er ohnehin schon war und ist. Auch lag der Konferenz noch kein richtiges Bild vor von der Ausdehnung der Rotary in Deutschland, und man wußte nicht, inwieweit die deutsche Kollegenschaft ihren Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse begriffen hatte. Und beides genau zu wissen, war unbedingt wichtig; allerdings war vorher in der »Graph. Presse« und auch sonst in Versammlungen genügend auf diese Dinge hingewiesen worden.

Die neu eingesetzte Zentralkommission der Steindrucker erhielt dann den Auftrag, diese Lücke auszufüllen und eine genaue Feststellung über den Stand der Rotationsmaschine und die Arbeitsverhältnisse der sie bedienenden Maschinenmeister zu machen. Im vorigen Jahre kam die Zentralkommission diesem Auftrag nach und nahm eine Statistik auf, deren Ergebnis jetzt im Druck vorliegt.

An der Statistik beteiligten sich 33 Städte, in denen 122 Rotationsmaschinen verschiedener Systeme laufen. Die Statistik beklagt, daß einzelne Städte trotz Mahnung die Fragebogen noch nicht zurückgesandt haben, was festzustellen wirklich bedauerlich ist. Wie die Zahlen zeigen, hat der Einzug der Rotationsmaschine schon einen verhältnismäßig bedeutenden Umfang angenommen, der inzwischen sicherlich noch gestiegen ist. Von den Städten weist Leipzig die meisten derartigen Maschinen auf, nämlich 47, davon laufen allein in einer Firma 31. In Berlin wurden 10 und in München 7 gezählt, Heilbronn hat 6 und Hannover 5 Rotarys. Neben der erwähnten Leipziger Firma haben eine größere Anzahl Maschinen aufzuweisen: eine Münchener Firma 5, eine weitere Leipziger und eine Mainzer Firma je 4; in den übrigen in der Statistik genannten Orten auf jede Firma 1 oder 2 Rotarys.

Von Interesse dürften die Angaben über die Art der Maschinen sein. Während meistens Zink- und nur vereinzelt Aluminiumplatten die Druckträger sind, sind auch 6 Steinrotationsmaschinen genannt, von denen von zylinderförmigen geformten Lithographiesteinen hergestelt wird. Von diesen Maschinen, die zur Herstellung von Tapeten und Buntpapieren dienen, gehen eine Einfarbmachine in Berlin, zwei Einfarb-, zwei Zweifarb- und eine Dreifarb (!) Maschine in München.

Was bezüglich der zu druckenden Arbeiten angegeben wurde, bestätigt das schon oft Gehörte, nämlich, daß der Merkantildruck und leichtere Chromoartikel breits vollständig von der Rotary beherrscht werden. Das Gebiet des feineren Chromodrucks wird nur durch eine Leipziger Firma vertreten, die Postkarten herstellt. Die täglichen Druckleistungen weisen natürlich viel höhere Zahlen auf, als sie bisher von Flachdruckpressen bekannt waren. Nur die Maschinen für Postkarten und eine Maschine in Zwickau, die Tabellen und Zeichnungen druckt, haben niedrige Tagesauflagen, die erstere 4700 und die zweite 4000 Druck. Sonst sind die Zahlen um 10000 die am meisten genannten Druckleistungen. Eine Maschine bringt sogar 25000 Druck heraus; das ist soviel, wie mehrere Flachdruckpressen während einer ganzen Woche schaffen.

Zu dieser Arbeitsleistung und der Tatsache, daß die Rotationsmaschine die körperlichen und geistigen Kräfte des Druckers in weit höherem Maße in Anspruch nimmt als das gewiß schon nicht leichte Arbeiten an einer Flachdruckpresse mit voller Tagesauflage, stehen die Löhne und die Arbeitszeiten, die in der Statistik genannt sind, in gar keinem Verhältnis. Die Arbeitszeit beträgt nur in zwei Fällen 48 Stunden, in allen anderen ist sie höher; die 54 stündige Arbeitszeit ist sogar 17 Mal angegeben. Die gleiche sozialpolitische Rückständigkeit unserer Unternehmer offenbart sich auch bei den Löhnen. Grade hier, wo erhöhte Anstrengung der Arbeiter ihnen einen gesteigerten mühselosen Gewinn in die Taschen bringt, haben sie es in der Hand, ihre in der Öffentlichkeit oft beteuerte »Humanität« real zu betätigen. Nur ein geringer Teil der aufgeführten Personen arbeitet zu den auf der Steindruckerkonferenz genannten Mindestlöhnen, die meisten Kollegen an der Rotary arbeiten unter diesem Lohnsatz. Es soll an dieser Stelle auf die einzelnen Lohnpositionen, wie sie in der Statistik aufgeführt sind, nicht eingegangen werden. In dem in Nr. 10 der »Gr. Pr.« abgedruckten Artikel »Der Schutzverband und die Rotationsmaschine« ist bereits das Wichtigste genannt. Aber eine Frage drängt sich einem beim Vergleich der Zahlen doch auf: Wie kommt es, daß das Günstige, was in einem Teil der Firmen durchgeführt ist, nicht auch in den anderen möglich ist. Man rede sich nicht auf »unerfüllbare

Forderungen hinaus. Nachdem jetzt bekannt ist, wie der Schutzverband die Frage der Arbeitsverhältnisse an den Rotationsmaschinen behandelt, ist die Antwort auf die gestellte Frage nicht schwer: die Unternehmer im Steindruckgewerbe haben nicht den Willen, den Arbeitern eine Anteilnahme von ihrem Gewinne zukommen zu lassen.

So bleibt es uns denn überlassen, durch eigene Kraft das zu erobern, worauf wir ein Recht haben. Allerdings muß jeder einzelne Kollege dabei mit-helfen. Uns sind Fälle bekannt, wo Rotationsdrucker gegenüber ihrer früheren Stellung an der Flachdruck- presse um ein Geringses höher entlohnt werden und nun eine bedeutende Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse erreicht zu haben wähen, ohne dabei zu bedenken, daß sie vielmehr hätten erreichen können. Auf eine völlige Ausmerzung solcher Vorkommnisse hinzuwirken muß unser aller Bestreben sein. Und noch ein weiteres muß betont werden. Viele Kollegen glauben, wenn sich hier oder dort Verbesserungen im Arbeitsverhältnis notwendig machen, ihrer Pflicht damit Genüge getan zu haben, daß sie einmal in der Versammlung oder am Bierisch darüber redeten, sich aber sonst nicht weiter um die Angelegenheit bekümmern. Nachher aber sind sie es gerade, die den Verband, die Ortsverwaltung und den Hauptvorstand dafür verantwortlich machen, wenn nicht alles so kommt, wie sie es sich vorher so schön ausgemalt haben; als wenn ein Wunsch dann auch schon erfüllt wäre, wenn er ausgesprochen. Hier muß einmal ein gründlicher Wandel in der Auffassung mancher Kollegen vor sich gehen. Es muß jedem klar sein, daß man nicht nur außerhalb, sondern auch im Geschäft seine Menschenwürde und Menschenrechte zu beanspruchen und zu vertreten hat. Gerade im Hinblick auf die Schutzverbandsverhandlung kann dieser Standpunkt nicht genug gepredigt werden. Wir wissen jetzt die Meinung unserer Unternehmer. Mit aufrichtigem Herzen rufen wir deshalb unseren Kollegen zu: *Verkauft Eure Arbeitskraft so teuer als möglich und sorgt für gute Arbeitsbedingungen an der Rotationsmaschine!* —

Am Schlusse der Statistik macht die Zentralkommission bekannt, daß sie ein Vortragskonzept über die Rotationsmaschine ausgearbeitet habe, das auf Wunsch den Zahlstellen zur Verfügung stehe; auch Sorge sie eventuell für geeignete Referenten. Es ist nur zu wünschen, daß hiervon rege Gebrauch gemacht wird. —

## Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

### Aus den Sektionen.

**Berlin (Kupferdr.).** Unsere außerordentliche Februar-Versammlung hatte sich wiederum mit dem Fall Breit zu beschäftigen, dessen endgültige Erledigung bis zur nächsten Versammlung vertagt wurde, da der Hauptvorstand dazu eingeladen werden soll. Eine sehr rege Diskussion zeitigte das Schiedsgerichtsurteil Lindner-Schuffelbauer. Letzterer hatte sich geweigert, die letzten 3 Tage seiner Kündigungszeit im Akkord zu drucken, da er als Lohnarbeiter nicht auf seinen Lohn gekommen wäre. Er wurde infolgedessen wegen Arbeitsniederlegung zu 10 Mk. Prinzipalsunkosten verurteilt. Die Versammlung betrachtete dieses Urteil als ein Fehlurteil. Dieser Fall soll bis zur höchsten Instanz verfolgt werden. Nachdem noch die Wahl eines Tarifamtsmitgliedes und eines Schiedsrichters vollzogen war, schloß die Versammlung.

## Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seiden-Drucker. — Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutsstr. 24.

### Aus den Sektionen.

**Einbeck.** In der letzten Generalversammlung wurde Bericht über das verlossene Jahr erstattet. Es fanden 12 Mitgliederversammlungen und eine Generalversammlung statt. Am Anfang des Jahres waren 23, am Schluß 19 Mitglieder am Ort. Im Juli fand ein Bezirksausflug nach Einbeck statt, bei dem eine stärkere Beteiligung erwünscht gewesen wäre. Über die große Aussperrung im Lithographiegewerbe wurden die Mitglieder immer auf dem Laufenden gehalten. An der Weihnachtssammlung für die Aussperrten haben sich verschiedene Kollegen sehr mäßig beteiligt, was gerügt wurde. Der Kritik verschiedener Zahlstellen an dem Verhalten der Zentralkommission wegen der Verhandlungen im November wurde von unserer Versammlung beigepflichtet. Am Schluß der ausnahmsweise gut besuchten Versammlung wurden die Kollegen noch ermahnt, die Versammlungen in Zukunft besser zu besuchen wie bisher. —



# Feuilleton.

## Der Anfang der Polarforschung.

(Schluß.)

Aber auch bei denjenigen, die dem primitiven Standpunkt längst entwachsen sind, tritt überall, wo unsere Kenntnisse aufhören und unser Wissen um die Stiche läßt, ausfüllend und erklärend die Phantasie hinzu; sie legt ihren bläulichen Duft über die ersten ungewissen Erkenntnisumrisse, die ferneren Konturen verschwinden manchmal gänzlich in dem Nebel der Sage.

Dies ist eine durchgängige Erfahrung in der Geschichte des geistigen Lebens. Auf dem Gebiete, welchem dieses Werk gewidmet ist, macht sie sich vielleicht mit mehr als gewöhnlicher Stärke geltend.

Die Untersuchung umspannt lange Zeiträume. Immer und überall sahen wir die bekannte Welt sich in den Dünsten des Nebelheims verlieren. Allerdings niemals in gleicher Weise, in beständigem Wechsel. Oft kleine Risse hier und dort, bisweilen sichtbar über größere Strecken; dann verschwimmen die treibenden Massen wieder ineinander. Daher ist alles, was Mutesmut und Wissensdurst während langer Zeiträume diesem Nebelhelm abgerungen haben, unbestimmt, unsicher und rätselhaft. Aber gerade deshalb um so anziehender.

Für die älteste Kulturwelt der Geschichte und durch das ganze Altertum lag der Norden, wie wir gesehen haben, größtenteils in dem Dämmerlicht der Sage und des Märchens versteckt; dann und wann findet wohl wirkliche Kenntnis ihren Weg in die Literatur, sie wird aber wieder verwischt. Während des frühen Mittelalters nimmt der dunkle Nebel zu.

Es dämmert aufs neue, zuerst durch das Wogen-gemisch der Völkerwanderung, dann durch neue Handelsreisen und Verbindungen, bis der Durchbruch durch die Skandinavier herbeigeführt wird, die mit ihrer merkwürdigen Expansionskraft den Westen und Süden Europas überströmten und nordwärts in die großen unbekanntenen Regionen eindringen, den Weg nach dem Weißen Meer fanden, das ausgedehnte Eismeer entdeckten, die schottischen Inseln, die Färöer, Island und Grönland besiedelten und die ersten Entdecker des Atlantischen Ozeans und Nordamerikas waren.

Schon durch König Alfreds und Adams von Bremen Schriften gelangt die grundlegende Kenntnis der Skandinavien von jener neuen Welt im Norden in die europäische Literatur hinein.

Der Nebel verdichtet sich freilich wieder, viele der gewonnenen Kenntnisse wurden sogar von den Skandinavien selbst wieder vergessen, und in dem späteren Teil des Mittelalters sind sie meistens

sagenhafte Nachklänge jenes Wissens, die man in der Literatur Europas vernimmt und die in den Karten ihre Spuren gelassen haben. Nichtsdestoweniger bleiben die Entdeckungen der alten Skandinavier die große Grenzschiede. Zum ersten Male begaben sich Entdecker, die sich ihres Ziels bewußt waren, von der bekannten Welt auf die umliegenden Meere hinaus, durchfuhren sie und fanden jenseits Land. Durch ihre Ozeanschiffahrt lehrten sie die Seevölker Europas die Möglichkeit, das große Meer zu durchqueren. Wenn das erst geschehen ist, geht die weitere Entwicklung ganz von selbst.

In der Schule der Skandinavier erhielten Englands Seeleute ihre erste Ausbildung, nicht zum wenigsten durch die Islandfahrten; und selbst den ferneren Portugiesen, dem großen Entdeckervolk der Übergangszeit, haben sie Anreiz gegeben.

Durch all das Unsichere und oft scheinbar Zufällige und Bunte hindurch gewinnen wir eine Linie; es geht der neuen Zeit, der Zeit der großen Entdeckungen entgegen, wenn wir aus der Dämmerung des Mittelalters heraus und in helleres Tageslicht hineingleiten. Über die neuen Reisen finden wir meistens Berichte aus erster Hand, die immer weniger in Mittelalter und Nebelndunst gehüllt sind. Von da an beginnt die Geschichte der eigentlichen Polarforschung.

Da hat Cabot das Festland Nordamerikas wieder entdeckt, da hat Cortes-Real Neuworldland gefunden, da dringen Portugiesen und Engländer nordwärts nach Grönland und in das Eis hinein. Damit tritt auch in den Anschauungen über den Norden eine neue große Epoche ein.

Noch ist man freilich nicht über die nördlichen Grenzen der Reisen unserer Vorfahren hinausge-gangt; noch ist die Auffassung der Polargebiete unklar und unbestimmt: während einige sich am Pol ein Festland denken, behaupten andere, daß ihn ein Kranz von Inseln mit gefährlichen Meeresströmungen dazwischen umgeben müsse, und wieder andere rechnen mit einem offenem Polarmeer. Unklarheit genug.

Aber neue Aufgaben beginnen sich zu gestalten. Als den Seeleuten Europas ein Licht darüber aufging, daß die neuen Länder im Westen nicht Asien, sondern Teile eines neuen Kontinents waren, lag es nahe, einen Weg nördlich — wie auch südlich — um dieses Festland herum zu suchen, um so nach den ersehnten Reichtumsquellen Indien und China gelangen zu können: das Problem der Nordwestpassage war aufgestellt — eine großartige Fortsetzung der Wege, welche die Skandinavier einst nach Westen hin erschlossen hatten.

Ebenso nahe aber lag der Gedanke, daß es vielleicht einen andern, kürzeren Weg nördlich um die alte Welt herum gebe: das Problem der Nordostpassage tauchte auf. Das Arbeiten an diesem

Problem war eine direkte Fortsetzung der Reisen der Norweger nordostwärts nach dem Weißen Meer.

So erwarteten sie zum Leben, die beiden großen Illusionen, welche jahrhundertlang den Sinn der Entdecker im Zaubersinn hielten. Wert als Handelsstraßen konnten sie nie erhalten, diese schwierigen Durchfahrten durch das Eis. Mehr als Traumbilder wurden sie nicht, aber Traumbilder von größerem Wert als wirkliche Kenntnis; sie lockten die Entdecker immer weiter in die unbekannte Eiswelt hinein; Schritt für Schritt, fußbreit für fußbreit wurde sie erforscht; des Menschen Verständnis von der Erde erweiterte sich und veränderte sich, und Englands Seemacht und Weltherrschaft haben ihre Kraft aus diesen Träumen gesogen.

Welche gewaltige Arbeit liegt in der menschlichen Kenntnis der Erde niedergelegt, nicht zum wenigsten in jenen entschwindenden Zeiten, als die Hilfsmittel sovielt armseliger waren, als die Entwicklung so ungleich langsamer ging! Auf den mannigfaltigsten und verschiedenartigsten Wegen gelangen Mutesmut und männliches Denken ans Ziel. Was zu den langen Reisen verlockte, das war freilich wohl oft genug die Hoffnung, Reichtum und das Glückland zu finden, aber noch tiefer lag der Drang, unsere eigene Erde kennen zu lernen. Zu den Reichtümern fanden die Menschen sich selten hin, nach den Glücklichen Inseln niemals; aber Kenntnis gewannen wir stets.

Der große Alexander, der Erobererkönig, umspannte den größten Teil der Welt seinerzeit, der junge glänzende Weltherrscher blieb tausend Jahre lang das Ideal, der Held aller Helden. Doch selbst seines Reiches Grenzen waren dem rastlosen, grenzenlosen menschlichen Gedanken noch zu eng. Er wuchs und wuchs zu übermenschlichen Dimensionen heran, er war der Göttersohn, das Glückskind, das dem Volksglauben nach alles, von den Säulen des Herkules, dem Westende der Erde, bis zu den Bäumen der Sonne und des Mondes am Ende der Welt im Osten, umfaßte — dem nichts unmöglich erschien — der in einer Glasglocke auf den Meeresgrund hinabstieg, um die Geheimnisse des Ozeans zu erforschen — der es versuchte, von gezähmten Adlern getragen den Himmel zu erreichen; ja mohammedanische und christliche Vorstellungen ließen ihn den Versuch machen, selbst die Mauern des Paradieses zu übersteigen — erst dann wurde ihm Halt geboten: »Bis hierher und nicht weiter.« Kein vom Weibe Geborener gelangt in das Land des Glückes hinein.

Die Sage von ihm ist ein Bild des Menschengeistes selbst, der, unablässig suchend, nie durch irgendeine Grenze zurückgehalten, in ewiger Hast Höhe um Höhe, Tiefe um Tiefe durchdringt — immer weiter, weiter, weiter.

Die Welt des Geistes kennt nicht Raum und kennt nicht Zeit.

Fridtjof Nansen.

### Stellenangebote

Wir suchen noch einige erstklassige **Positiv-Retuscheure**

für Maschinenretuschen. Offerten mit Mustern, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an

**Brendamour Simhart & Co.,** Düsseldorf-Oberkasselerstr. 240

### Positiv-Retuscheur

erstklassige Kraft, hauptsächlich für Maschinen-Retuschen zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen und Zeugnisabschriften an

**A. Gässler & Co., G.m.b.H.,** München, Schellingstr. 41. [240]

### Positiv-Retuscheur

sofort gesucht.

**J. G. Huch & Co., Barmen.** [120]

Für unsere Schwarz-Abteilung suchen wir einen erstklassigen **Tonätzer** als

### Abteilungs-Vorstand.

Herrn, welche einen derartigen Posten schon bekleidet haben und die Fähigkeit besitzen, der Abteilung mit Umsicht und Energie vorzustehen, werden um Angabe ihrer Adresse gebeten. Angebote unter Angabe des Alters, der Gehaltsansprüche nebst Zeugnisabschriften an **A. Gässler & Co.,** G. m. b. H., chemigr. Kunstanstalt, München, Schellingstraße 41.

Tüchtiger

### Autotypie-Ätzer,

gelernter **Strich-Ätzer**, sofort gesucht. Referenzen und Gehaltsansprüche an **Hess & Janke, Frankfurt a. M.**

### Farben-Ätzer,

tücht. Fertigmacher in 3- u. 4-Farben-ätzungen, ferner

### tücht. Strich-Ätzer

zu möglichst sofortigem Antritt gesucht. **J. G. Schaller & Giesedre, Leipzig,** Brüderstraße 26/28. [270]

### Strich-Ätzer,

an sauberes und penibles Arbeiten gewöhnt, suchen

**Böhme & Co., G.m.b.H., Magdeburg.** [150]

### Einleger und Einlegerinnen

für lith. Schnellpressen gesucht. [210]

**Papierwarenfabrik C. Müller, Konstanz (Baden).**

### Messingstecher u. Holzstecher

2-3 tüchtige [150]

suche ich im Arbeitsnachw. auf dauernd **August Künneke, Hannover-Lind.**

### Zuverlässige Formstecher

für dauernde Stellung sucht im Nachweis [150]

**C. Oschmann, Hannover-Linden.**

### Stellengesuche

**Lichtdrucker,** Maschinenmeister, wünscht sich in Berlin zu verändern. Adressen an **F. Lohmann, Berlin, Kottbuserstr. 14, IV.** [150]

### Junger Zeichner

sucht in chemigraphischer Anstalt sofort Stellung. Werte Angaben an **H. Bornemann, Braunschweig, Königsstieg 71r.** [180]

### Verschiedenes

Feuchtbleibendes **„Cosmos“-Umdruckpapier,** Format 48x64, per 100 Bogen 8,50 M.

**Grau feucht Umdruckpapier,** dasselbe Format, per 100 Bogen 8,— M.

**Goldlack,** bestes Hilfsmittel f. Bronze-Unterdruck, per kg 5 M. **Chromopasta,** bestes Tonschutzmittel, per kg 4 M. **Radikal,** bestes Tonschutzmittel für Zink, per kg 3,50 M. [360]

**H. M. Köhler, Leipz.-Schönfeld.**

### „Matt-Lack“

Beste Farben- Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—.

### „Harmalein“

Vorzüglicher weißer Trockenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

### „Bronsol“

Gibt festsitzende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—.

**Gegen Nachnahme.** Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. **F. Hantke, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60.** [300]

Zum Selbstunterricht empfehlen **die Köhler und Gächter: Die Schreibkunst 3. Mark. Kamfischverlag, Lautenbach in Maxdorf bei Berlin.**

### Zur Hälfte des Preises!

**Pa Tangierfilms und Apparate** soweit Vorrat. [210]

**Fr. Trommer, Leipzig, Gretscherstr. 11**

**Der praktische Umdrucker.** Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgehalt des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Scheuditz.**

Existenz findet Steindrucker durch **Übernahme meiner Pantographischen - Anstalt.**

Etwas Kapital erforderlich. **R. Draugelat, Berlin SO. 36, Reichenbergerstr. 142.** [210]

**KARL RETTIG'S Zinkdrückätze**

ermöglicht ein tadelloses Drucken von Zink. Jeder Drucker kann

sofort von Zink drucken :: **Berlin SW. 29, Solms-Straße 12.**

### Kl. Buchdruckerei-

### Einrichtungen —

(farhmännlich sortiert) **ALEXANDER GRUBE, LEIPZIG, Talstraße 22**

Sind Sie schon mit den am 1. Januar in Kraft getretenen Änderungen der **Rechtsversicherungs-Ordnung** vertraut? Wenn nicht, dann bestellen Sie heute noch beim Verlag **L. Handorf, Kiel** den

**Prakt. Ratgeber f. d. Invaliden- u. Hinterbliebenen-Versich.,** Verf. Landessekretär Krull. Pr. pr. Strk. nur 40 Pf. franco. geg. vorh. Einsendung in Briefmarken. Der Ratgeber enthält alles Wissenswerte gemeinverst. erläutert, sow. eine Rententabelle u. einen Anhang betr. die Krankenversicherung.

**Wollen Sie Ihr Inserat** pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition.

### Verbandsnachrichten

Der Kollege **Gottlieb Träger,** Stein-Buch-No. 15453 wird ersucht seine Adr. an Unterzeichneten einzusenden. Gleichfalls werden die Zahlstellen darum gebeten, evtl. d. Aufenthaltsort anzugeben. **Rich. Lorenz, Kassierer, Frankfurt a. O., Oberweg 3.**

### Barmen!

Vom 16. März wohnt d. Kassierer und Unterstützungsaus-zähler **Wilh. Berte, Elsterstr. 10.**

### Essen-Ruhr!

Kassierer und Unterstützungsaus-zähler **Josef Huppertz, Walpurgisstr. 84 II.**